

10

Bonn, Dienstag 29. November 1966

Sprecher: Adorno, Amrehn, Barzel, Blank, Dufhues, Erhard, Even, Fay, Fricke, Grundmann, Hellwig, von Heydebreck, Kiesinger, Kohl, Lemmer, Lücke, Noltenius, Seebohm, Stingl, Windelen.

Bericht über die Verhandlungen mit den Delegationen der SPD und der FDP.

Beginn: 10.00 Uhr

Ende: 13.20 Uhr

Erhard: Meine Damen und Herren! Verehrter Herr Kiesinger! Ich darf Sie hier in diesem Hause das letzte Mal willkommen heißen. Wir stehen vor einer schweren Entscheidung. Ich möchte vorausschicken, daß heute eine Meldung in der Zeitung ist, daß sich das CDU-Präsidium gestern unter Vorsitz von Professor Erhard einstimmig für eine Große Koalition ausgesprochen habe.¹

Das stimmt in dieser Form nicht, sondern wir haben gestern beraten. Ich habe meine Überzeugung nicht geändert, daß ich gegen eine Große Koalition bin. Richtig ist allerdings, daß wir angesichts der Starrheit der FDP kaum einen anderen Ausweg hatten, und daß auch sonstige Ereignisse uns zu dieser Koalition hingedrängt haben.

Ich möchte aber ausdrücklich sagen, und zwar an die Adresse meines Nachfolgers, daß ihm keine andere Wahl blieb und meine Aussage keinen Wahlvorwand gegenüber Herrn Kiesinger beinhaltet, sondern nur eine Richtigstellung, damit es nicht auf einmal so aussieht, als wären wir nunmehr 17 Jahre lang gegen eine Große Koalition gewesen und hätten auf einmal begeistert einer solchen Koalition zugestimmt. Das ist nicht der Fall. Die Wahrheit und meine Glaubwürdigkeit verlangen es, daß ich diese Unterstellung zurückweisen muß.

Ich möchte nun mit dieser Frage das Problem nicht vertiefen, sondern ich glaube, wir sind alle hier zusammengekommen, um dem Herrn Ministerpräsidenten Kiesinger Gelegenheit zu geben, uns das vorzutragen, was in den letzten Wochen seine gewiß nicht leichte Arbeit gewesen ist, welche Ergebnisse sie gezeitigt hat und wie der Blick in die Zukunft sich uns heute darstellt. Ich darf Sie, Herr Ministerpräsident, bitten, das Wort zu nehmen.

¹ Protokoll der Sitzung vom 28. November 1966 in ACDP 07-001-053/1: „Es wird ... ohne Widerspruch vereinbart ..., daß das Präsidium der Absicht von Ministerpräsident Dr. Kiesinger, eine Große Koalition zu bilden, zugestimmt habe.“ Vgl. „Spiegel“ vom 28. November 1966. – Zu den Koalitionsverhandlungen vgl. SCHMOECKEL/KAISER S. 52–56.

BERICHT ÜBER DIE VERHANDLUNGEN MIT DEN DELEGATIONEN DER SPD UND DER FDP

Kiesinger: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich will versuchen, so knapp wie möglich eine Darstellung der Entwicklung der Dinge bis zu diesem Augenblick zu geben. Als die Fraktion ihre Entscheidung getroffen hatte, hat sie mir und der gewählten Verhandlungskommission den Auftrag gegeben, den Versuch einer Koalitionsbildung zu unternehmen und dazu nach beiden Seiten offen zu verhandeln.²

Ich war mir, als ich die ersten Schritte unternahm, über die Lage noch nicht sehr klar, habe aber diesen Antrag bis zur letzten Minute zusammen mit der Kommission redlich durchgeführt. Ich habe sehr bald gesehen, daß innerhalb der FDP offenbar eine Meinungsbildung zugunsten der Wiederaufnahme einer kleinen Koalition nicht zustande kam. Ich habe eine Reihe von Gesprächen geführt, die mir das sehr bald klarmachten; im Gegenteil, die große Mehrheit in dieser Partei drängte zu einer Koalition mit der Sozial[demokratie]. Es hat nie einen Augenblick gegeben, wo man ernsthaft den Versuch gemacht hat, mit mir wegen der Gründung einer kleinen Koalition ins Gespräch zu kommen.

Einer letzten Bitte, die Herr Genscher³ an mich gerichtet hat für eine Unterhaltung, habe ich entsprochen. Ich wartete aber eine Dreiviertelstunde lang an dem Ort auf ihn, wo wir uns vereinbart hatten, bis er mir nach $\frac{3}{4}$ Stunden sagen ließ, es täte ihm leid, er könne nicht kommen. Das war am Vormittag vor der letzten Verhandlung mit der FDP.⁴ Ich habe mit meinem alten befreundeten Gegner, Reinhold Maier⁵, die Dinge einmal ausführlich besprochen und auch mit anderen Leuten. Die Gefahr, daß eine Koalition zwischen SPD und FDP zustande kam und daß dann die CDU in die Opposition gedrängt wurde, war eine Zeitlang nicht gering. Wir haben zunächst einmal gehandelt und festzustellen versucht, wie steht es mit den Auffassungen zu den Sachfragen auf den Gebieten der Außenpolitik, der Deutschlandpolitik und der Innenpolitik. Bestehen da ernsthafte Gegensätze, so daß es um dieser Gegensätze willen nicht zu einer Koalition kommen kann.

2 Protokoll der Fraktionssitzung vom 10. November 1966, vgl. CDU/CSU-FRAKTIONSprotokolle Nr. 363, 364.

3 Hans-Dietrich Genscher (geb. 1927), Jurist; 1962–1964 Bundesgeschäftsführer der FDP, 1965–1998 MdB, 1965–1969 Parlamentarischer Geschäftsführer der FDP-Bundestagsfraktion, 1969–1974 Bundesminister des Innern, 1974–1992 des Auswärtigen, 1974–1985 Bundesvorsitzender der FDP. Memoiren: Erinnerungen. Berlin 1995; KEMPF/MERZ S. 267–276.

4 Am 25. November 1966. Vgl. KNORR S. 90; HILDEBRAND S. 253–258.

5 Reinhold Maier (1889–1971), Jurist; 1924–1933 MdL Württemberg, Vorsitzender der DDP Stuttgart, Württemberg und Hohenzollern, 1929–1933 Wirtschaftsminister von Württemberg, 1932/33 MdR, 1945 DVP/FDP, 1946–1964 MdL Württemberg-Baden bzw. Baden-Württemberg, 1945–1953 Ministerpräsident von Württemberg-Baden bzw. Baden-Württemberg, 1953–1956 und 1957–1959 MdB, 1957–1960 Bundesvorsitzender der FDP. Vgl. Klaus-Jürgen MATZ: Reinhold Maier (1889–1971). Eine politische Biographie. Düsseldorf 1989.

Ich darf mich auf die wichtigsten Punkte beschränken. Wir haben selbstverständlich in diesen Verhandlungen nicht das ganze riesige Gebiet der Innen- und Außenpolitik behandeln können, aber doch die Gebiete, die neuralgisch sein könnten. Auf dem Gebiete der Außenpolitik haben unsere beiden Verhandlungspartner verlangt die Normalisierung unserer Beziehungen zu Frankreich, ohne daß die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten dadurch leiden sollten. Wir alle kennen diese Formel. Sie ist leicht gesagt, wie das aber politisch realisiert werden soll, das ist sehr viel schwerer.

Es konnte nicht Aufgabe dieser Gespräche sein, da ins Detail zu gehen. Wir einigten uns über diese Formel. Wir haben dann und wann auch einmal einen Fall gehabt, wo wir sagten, das könnte da hineinpassen, das könnte man in Zukunft anders machen als bisher. Wir haben also hier Übereinstimmung erzielt; allerdings würde ich sagen, daß insbesondere bei der Sozialdemokratie – das weiß ich aus weiteren Gesprächen – schon ein sehr ernster Wille besteht, daß das also nicht nur eine beschönigende Formel war.

Beide Partner haben verlangt, daß diplomatische Beziehungen mit Ländern des Ostens, um nicht zu sagen des Ostblocks, aufgenommen würden. Ich wußte ja davon, daß in dieser Frage in unserer Fraktion Meinungsverschiedenheiten bestanden, und habe deshalb einen größeren Kreis von Sachverständigen der Fraktion zusammengebeten, um einmal die verschiedenen Meinungen in der Fraktion zu hören. Es stellte sich dann übrigens heraus, daß die Kampfformeln, die da so im Raum standen – wie man so schön sagt – sehr bald zusammenschumpften, wenn man mit den einzelnen sprach. Man war sich sehr viel näher in diesen Fragen, als es zunächst scheinen konnte. Wir haben uns dann auf eine bestimmte Linie geeinigt. Ich habe den Partnern, die beide die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen verlangten, gesagt, auch wir hielten die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Ländern dieses Bereichs für wünschenswert, aber wir müßten dies differenziert tun und mit äußerster Behutsamkeit, damit nicht eine Kettenreaktion von Anerkennungen der SBZ erfolgen könnte, und zwar durch unser eigenes Verhalten provoziert. Ich verwies vor allem auf die arabischen Staaten und sagte, man müsse versuchen, möglichst vorher dieses Verhältnis so in Ordnung zu bringen, daß eine derartige Kettenreaktion nicht erfolge.

Die FDP hat stärker in diesem Punkt gedrängt als die SPD; insbesondere hat Herr Zoglmann bei den Verhandlungen vorgebracht, es bestehe die Gefahr für uns, daß wir zu spät kämen, weil die Russen zur Zeit versuchten, diese Länder alle sozusagen gleichzuschalten und ihnen Formeln aufzunötigen, die für uns die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen erschweren oder unmöglich machen würden. Ich wies darauf hin, daß man auch den Kumulierungseffekt bedenken müsse; denn beide Partner verlangten ja zur selben Zeit diese Verklammerung in den innerdeutschen Kontakten mit der Zone. Ich sagte Ihnen: Bedenken Sie einmal, was es heißt, Aufnahme diplomatischer Beziehungen, ganz undefiniert, ganz unüberlegt, schockartig, und dann diese Aufwertung der Aufwertungseffekte durch diese Verklammerung.

Das dritte Argument, das ich vorbrachte, war dies: Wir können uns nicht nach Osten so bewegen und auf der anderen Seite einfach Frankreich resigniert liegen lassen. Man muß auch da in irgendeiner Weise mit Frankreich zwar keine gemeinsame Ostpolitik

machen, aber jedenfalls die Dinge besprechen. Das hat keinen Widerspruch gefunden. Im großen und ganzen schien es so, als wäre die SPD eher geneigt, diesem behutsamen Vorgehen zuzustimmen, die FDP unbedenklicher in diesem Ritt gen Osten gestimmt.

Was die innerdeutschen Kontakte angeht, so hatte die FDP uns eine Formel vorgelegt, die wirklich an Torheit nicht zu überbieten war. Da stand drin: Ein Regime wie die SBZ sei durch alles, was man irgendwie täte, nicht anerkennbar und nicht aufwertbar. Es bedurfte sogar einiger Überredungskunst, um auf die Torheit einer solchen Formulierung aufmerksam zu machen. Ich habe auf das dringendste davor gewarnt – die Kommission tat es natürlich mit mir – zu unterschätzen, wie sehr wir dieses Regime durch irgendwelche Handlungen, durch Fakten, die wir selber setzten, aufwerten könnten.

Die Sozialdemokraten hatten einen sehr viel zurückhaltenderen Satz vorgelegt. Er lautete: Kontakte zwischen den Behörden der Bundesrepublik und den Behörden der SBZ sind keine Anerkennung der SBZ. Ich habe zunächst gesagt: Streicht einmal die beiden Wörtchen „den“ und sagt, „Kontakte zwischen Behörden der Bundesrepublik und Behörden der SBZ sind keine Anerkennung“. Ich erklärte, ich kann diese Formel so nicht stehenlassen. Sie ist keine Grundlage für eine Koalition. Hier muß noch eine klare Absicherung hinein.

Dann schlug ich die Formel zusätzlich zu diesem Satz vor: Es muß darauf geachtet werden, daß nichts geschieht, was völkerrechtlich oder faktisch in der Weltmeinung als ein Abrücken von unserem Standpunkt erscheinen könnte, daß wir die SBZ nicht als einen selbständigen deutschen Staat anerkennen. Diese Formel erlaubt es dem Bundeskanzler, von Fall zu Fall darüber zu entscheiden, ob diese Gefahr gegeben ist oder ob sie nicht gegeben ist. Damit wurde alles an Einzelschlägen, Kontakten auf Ministerebene usw. zurückgeschoben. Es wurde eine praktische Arbeitsformel gefunden. Sie ist zuerst von der SPD akzeptiert worden. Ich will gleich hinzufügen, im letzten Gespräch mit der FDP habe ich, um auch ihr gegenüber ganz redlich zu verhandeln, ihr gesagt, in diesem Punkt haben wir mit der SPD die und die Einigung erzielt. Seid ihr auch bereit, euch auf diese Formel einzulassen? Nach einigem Hin und Her haben die Verhandler der FDP das dann auch getan.

Es war in diesem Zusammenhang dann die Rede von diesem Amt für innerdeutsche Koordination, wiederum von beiden Partnern vorgetragen, und zwar bei beiden das Zugeständnis, man könne das auch innerhalb der Bundesregierung machen. Also kein eigenes Amt!

Ich habe dann offenbar nur bei der FDP – ich weiß es nicht mehr genau – so ganz nebenbei den Satz fallen lassen, wenn man das schon macht, würde man das doch am besten beim Bundeskanzleramt unterbringen. Auch das hat bei den Verhandlungen der FDP keinen Widerspruch provoziert, aber hinterher, bei der letzten Verhandlung, wurde gesagt, an diesem Satz hätten sie gesehen, daß ich überhaupt keine Koalition mit der FDP wolle; denn ich hätte jedenfalls wissen müssen, daß dadurch das Amt des gesamtdeutschen Ministers in einer Weise beeinträchtigt würde, daß er praktisch entmachtet worden sei. Nun, wenn sie das so meinten, dann hätten sie ja, wie wir das in allen Gesprächen taten, sofort sagen können, aber bitte, wie steht es dann mit dem gesamtdeut-

schen Ministerium? Ich trage das nur vor, um das gesamte Verhandlungsklima zu kennzeichnen. Wir haben gesagt, gut, so etwas wird dann innerhalb der Regierung gemacht. Bei der SPD wurde gar nicht weiter gefragt, wo, sondern das wurde mal so offengelassen mit dieser sachlichen Formel, von der ich erzählt habe.

Ein schwieriges Problem bestand darin, was den Mitbesitz an nuklearen Waffen angeht. Beide Partner forderten hier eine Verzichtserklärung; die FDP hier etwas vorsichtiger, indem sie sagte, die Bundesrepublik solle diesen Mitbesitz nicht anstreben. Die SPD forderte Verzicht. Ich habe dann gesagt, gut, auch wir – auch das war besprochen mit dem Kreis unserer Freunde – wollen nicht nationalen Besitz atomarer Waffen. Auch wir streben das nicht an, aber wie steht es mit einer atlantischen oder vor allem europäischen zukünftigen Option auf diesem Gebiet, wenn also einmal ein vereinigtes Europa vor die Frage gestellt ist, selber nukleare Waffen zu besitzen. Da erklärten beide Partner, diese Tür bliebe offen, auch für sie. Das war natürlich für uns die wichtigste Feststellung.

Es wurde dann von seiten der FDP zugebilligt, natürlich müsse man das alles unter dem Gesichtspunkt der Wirkung auf die Wiedervereinigungspolitik prüfen, und man müsse dann halt auch in der Zukunft, wenn es zu einer solchen europäischen nuklearen Option käme, sehen und überlegen, ob wir im Hinblick auf die Wiedervereinigungspolitik mitmachen könnten. Natürlich stand vor unserer aller Augen dabei der Vertrag über die Nichtweitergabe atomarer Waffen, zu dessen Unterzeichnung wir ja auch gerufen sind und dessen bedingungslose Unterzeichnung durch uns nun in der Tat eine zukünftige europäische Option ausschliesse.⁶ Das ist ein Problem, vor dem unsere auswärtige Politik seit geraumer Zeit mit einiger Verlegenheit steht. Es war so, daß man sich damit getröstet hat, Japan und Indien sind so Mächte, die wollen das auch nicht gern; vielleicht gehen sie uns voran. So geht es nach meiner Meinung nicht. Wir haben darüber gesprochen. Es müssen vorher Verhandlungen stattfinden, die uns den Weg für eine solche Option offenhalten; denn wenn wir einfach einen solchen Vertrag nicht unterschreiben, was dann in der Weltmeinung los ist, das kann sich jeder denken. Auch hier, könnte ich mir denken, ist ein Punkt, wo man in zukünftigen Gesprächen mit Frankreich vielleicht weiterkommen könnte.

Dann kam noch die Frage des Münchener Abkommens.⁷ Da waren die Formeln unbefriedigend, die vorgelegt wurden. Es wurde immer von Rechtsunwirksamkeit gespro-

6 Der Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen wurde am 1. Juli 1968 in Washington, London und Moskau unterzeichnet (in Kraft getreten am 5. März 1970), Beitritt der Bundesrepublik am 28. November 1969. Druck in: KOHLER S. 174–181; vgl. auch Patrick FITSCHEN: Zwischen Junktimpolitik und Verzögerungspolitik. Das Auswärtige Amt und die Verhandlungen des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (Kieler Studien zur Sicherheitspolitik 1). Kiel 2002.

7 Nach zwei Treffen Hitlers mit A. N. Chamberlain in Berchtesgaden am 15. September, in Bad Godesberg (heute Bonn) am 22.–24. September und am 29. September 1938 in München zwischen dem Deutschen Reich, Großbritannien, Italien und Frankreich abgeschlossener Vertrag (unterzeichnet am 30. September). Er beendete die Sudetenkrise und verfügte (ohne Beteiligung der CSR), daß die überwiegend von Deutschen bewohnten Grenzgebiete Böhmens (Sudetengebiete) an Deutschland abgetreten werden.

chen. Ich habe ganz klar festgestellt, wenn hier von Rechtsunwirksamkeit gesprochen wird, dann kann es nur ex nunc, nicht ex tunc sein. Das heißt, es kann nicht heißen, das Abkommen war bei seinem Zustandekommen nichtig. Außerdem ist dann hinzugefügt worden eine Schutzklausel für die Sudetendeutschen. Also, in dieser Beziehung waren keine ernsthaften Gegensätze, aber eine gewisse Sorglosigkeit in der Formulierung. Auch Sorglosigkeit könnte sich in der Außenpolitik sehr rächen.

Dann war noch der Gemeinsame Markt und die EWG im Gespräch. Beide Partner forderten den Eintritt Großbritanniens. Ich sagte, wir werden auch hier unsere Politik der offenen Tür wie bisher fortsetzen, wies aber darauf hin, daß es da einige Schwierigkeiten gäbe, und daß diese Schwierigkeiten wieder in der Position Frankreichs im Rahmen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft lägen.

Das waren die wesentlichen neuralgischen Punkte in der Außenpolitik und in der Innenpolitik, die wir besprochen haben. In der Innenpolitik war wie in der Außenpolitik am Beginn natürlich die Frage, wenn man überhaupt eine Große Koalition ins Auge faßt, dann muß doch dafür ein Grund vorliegen. Das ist doch eine ungewöhnliche Entscheidung. Man wird sofort uns Proporzdemokratie vorwerfen; außerdem wird das normale parlamentarische Kräftespiel gestört. Eine kleine Fraktion geht in die Opposition. Beide großen Parteien tun sich zusammen. Hier waren wir in der Auffassung mit der SPD völlig einig. Man könne diesen Schritt nur tun, schon bei der Ankündigung, wenn dieser Verdacht der Proporzdemokratie wirksam abgewehrt würde. Deshalb die Vereinbarung, zusammen ein mehrheitsbildendes Wahlrecht zu schaffen, das die beiden heutigen Partner wieder auseinanderzwingt, weil, wenn ein solches mehrheitsbildendes Wahlrecht eingerichtet ist, ja dann eine Partei die Mehrheit bekommt und die andere in die Opposition muß.

Das ist das, was in der Praxis schwierig ist. Wir dachten an das unmanipulierte reine relative Mehrheitswahlrecht, allerdings nicht für das Jahr 1969. Das wäre ein Abenteuer, auf das sich die CDU in dieser kurzen Frist gar nicht einlassen könnte, sondern für die nächste Bundestagswahl nach 1969, also, wann immer sie stattfindet, regulär 1973, und wenn die Legislaturperiode um ein Jahr verlängert würde, dann ein Jahr später. Über die Einzelheiten dieser Beratungen und Abmachungen kann dann Herr Kollege Lücke berichten, der sich dieser Frage besonders angenommen und in einer kleinen Kommission die notwendigen Vereinbarungen getroffen hat.

Für uns war nun allerdings wichtig die Frage, wie sieht das für uns im Jahre 1969 aus. Wenn diese Große Koalition gegründet wird, gibt es Unruhe, besteht auch die Gefahr, daß die CDU nach rechts und nach links Wähler verlieren könnte, wie natürlich auch die SPD in der Gefahr steht, nach links, vielleicht auch nach rechts, je nachdem, Wähler zu verlieren. Da sind wir übereingekommen, ein Übergangswahlrecht zu schaffen, also noch nicht das relative Mehrheitswahlrecht, sondern ein Übergangswahlrecht, das in einem verstärktem Quorum besteht und das die Gefahr des Einzugs von Parteien wie etwa der NPD in den nächsten Bundestag verhindern könnte. Es ging uns nicht darum, die FDP plötzlich zu beseitigen. Nach unserer Vorstellung hätten die Wähler dieser Partei an sich bis 1973 Zeit, sich zu arrangieren und zu überlegen, was sie tun. Es ging

uns einfach darum, ein Anwachsen dieser Splittergruppen und Splitterparteien – es könnte ja sein, daß die NPD wächst und im nächsten Bundestag mit erheblicher Stärke einzieht – möglichst zu vermeiden. Wir sind noch mitten in diesen Überlegungen. Herr Kollege Lücke kann Ihnen dazu berichten. Jedenfalls steht eines fest, wir wünschen einen Ankündigungseffekt, der den Verdacht von den beiden großen Parteien abwehrt, daß sie nun ein Machtbündnis eingehen wollen, das die Pfründe verteilt und wohl alles untereinander aushandelt usw. Wir wollen also nur ein Bündnis auf Zeit schließen und dies auch von allem Anfang an glaubhaft machen.

Meine Damen und Herren! Ich weiß, daß die Frage des Mehrheitswahlrechts eine durchaus problematische Frage ist, aber meine persönliche Überzeugung ist es, daß, wenn es uns gelingt, dieses Mehrheitswahlrecht durchzusetzen, wir einen der Grundfehler der deutschen Demokratie seit 1919 korrigieren; d. h., daß wir dann das Wahlrecht einführen, das eine Aufsplitterung der parlamentarischen Kräfte auf die Dauer auch bei uns verhindert. Man hat viele Überlegungen angestellt, warum denn eigentlich die Demokratie in Amerika und in England gesund geblieben hätte und warum in den großen Demokratien des Kontinents, also in Frankreich, in Deutschland und Italien, immer Unruhe gewesen sei und nie die Dinge in Ordnung gekommen seien. Ferrero⁸ hat darüber sehr geistvoll Überlegungen gemacht, nämlich über mangelndes Legitimitätsbewußtsein usw. Man braucht gar nicht so hoch zu greifen, einer der Gründe ist zweifellos, daß in allen diesen Ländern das Verhältniswahlrecht geherrscht hat in der einen oder anderen Form, und deswegen ist hier die Demokratie nie zur Ruhe gekommen.

Das Verhältniswahlrecht ist ganz offensichtlich für kleinere Staaten sehr viel eher geeignet als für größere staatliche Gebilde. Wer weiß, wenn man im Jahre 1924/25 in der Weimarer Republik das Mehrheitswahlrecht eingeführt hätte, dann wäre wahrscheinlich die Geschichte einen anderen Weg gegangen. Wir sind uns natürlich alle klar darüber, wenn das Mehrheitswahlrecht einmal eingeführt ist, dann werden die beiden übrigbleibenden Parteien, auch wenn sie die alte Firmenbezeichnung tragen, nicht mehr dieselben sein; denn sie werden durch den Sog, den sie auf die anderen Parteien ausüben, natürlich in der Substanz und in der Struktur sich gewandelt haben.

Es ist also ein kühner, ein revolutionärer Schritt. Es ist, wenn wir es tun, eine der bedeutungsvollsten Entscheidungen in der Geschichte der deutschen Demokratie seit 1919.

Was die Einzelheiten, die wichtigsten Gebiete der Innenpolitik, anlangt, so waren wir uns darüber klar, eine große Koalition rechtfertige sich aus dem Umstand, daß wir in den kommenden Jahren eine Reihe von wichtigen Entscheidungen zu treffen haben, die Grundgesetzänderungen und Streichungen erfordern. Die Überlegung war, daß diese Entscheidungen notwendig sind, wenn wir im Jahre 1969 siegen wollen. Wenn es uns nicht gelingt, diese Entscheidungen in den nächsten 2½ Jahren zu treffen, dann müssen wir vor das deutsche Volk hintreten und ihm sagen, es ist uns nicht gelungen, die

⁸ Guglielmo Ferrero (1871–1942), italienischer Historiker. – Gemeint ist hier wohl sein Buch „Macht“ (Bern 1944).

ganze Unruhe, das Unbehagen usw. zu beseitigen, die Unzufriedenheit mit uns dauert dann fort. Wir können dann einfach unsere Wähler nicht mehr davon überzeugen, daß wir Regierungskraft haben.

Es wurde von einigen unseren Freunden eingewendet, das ist alles nicht so schlimm. Die SPD muß auch in der Opposition zu diesen Grundgesetzänderungen Ja sagen. Nun, erstens bezweifle ich das, daß sie das muß, und zweitens kann sie sich den Zeitpunkt aussuchen, wann sie Ja sagt. Sie kann die Dinge so hinauszögern, daß wir mit den Schwierigkeiten nicht fertig werden, und daß wir in eine Situation in die nächsten Bundestagswahlen hineingehen müssen, die so ungefähr ist, wie die Opposition sie eben für jeden Zeitpunkt wollen mag. Das ist natürlich der Hauptgrund für uns gewesen, nämlich der Blick auf das Jahr 1969, und der Wille, im Jahre 1969 unserer Partei den Sieg zu erstreiten.

Ich selber habe jahrelang seit 1960 eine kleine Koalition geführt,⁹ und zwar loyal und mit Erfolg. Sie können sich denken, daß ich mich nicht so vom Herzen her mit einer Großen Koalition leicht befreundet habe. Aber alles, was ich hier sah und hörte innerhalb der Verhandlungen und durch einen recht zuverlässigen Informationsdienst außerhalb der offiziellen Verhandlungen, machte mir klar, daß unser bisheriger Koalitionspartner einfach nicht mehr koalitionswillig und koalitionsfähig war.¹⁰ Sicher, und damit rechnete ich, es konnte der Augenblick eintreten, wo diese Leute nun partout entweder in die Opposition oder in eine Koalition mit der SPD gehen wollten. Ich verstehe das Denken dieser Leute bis zu dieser Stunde noch nicht, aber wir müssen es hinnehmen, daß es so war. Viele dieser Leute wären vielleicht im letzten Augenblick aus Angst vor dem Tode – sie sahen, daß ihre Politik gescheitert war – noch herübergekommen. Ich hatte eigentlich beinahe für die letzte Verhandlung, die wir mit der FDP führten, so etwas erwartet. In der Verhandlungskommission war die Mehrzahl der Freunde fest entschlossen, auf die kleine Koalition zu steuern, obwohl ich immer fragte, was erwartet ihr euch eigentlich davon? Glaubt ihr, daß diesmal dieser Partner bis zur nächsten Bundestagswahl treu bleiben wird? Ich habe von keinem einzigen ein Argument gehört, warum er das eigentlich glaubte. Aber schön, ich wollte unter allen Umständen bis zum letzten Augenblick fair verhandeln und habe nun goldene Brücken der FDP zu bauen versucht.

In diesem Moment – ich rufe die Mitglieder der Verhandlungskommission zu Zeugen auf – mußten wir eigentlich erwarten, daß die FDP, als sie gesehen hatte, es kommt nicht zu dieser sogenannten Mini-Koalition, sich sagte, jetzt müssen wir die Schwenkung vornehmen. Aber das Gegenteil war der Fall. Ich trug ihnen die verschiedenen

⁹ Bei Amtsantritt als Ministerpräsident von Baden-Württemberg im Dezember 1958 stand Kiesinger einer Allparteien-Koalition vor, 1960 bildete er eine Koalition aus CDU, FDP/DVP und BHE.

¹⁰ Vgl. Rudolf MORSEY: Die Vorbereitung der Großen Koalition von 1966. Unionspolitiker im Zusammenspiel mit Herbert Wehner seit 1962, in: Jürgen KOCKA/Hans-Jürgen PUHLE/Klaus TENFELDE (Hg.): Von der Arbeiterbewegung zum modernen Sozialstaat. Festschrift für Gerhard A. Ritter zum 65. Geburtstag. München/New Providence/London/Paris 1994 S. 462–478.

Kapitel – ich komme nachher darauf zu sprechen – der Politik vor. Sie wählten die Frage der Steuererhöhung, um die Verhandlungen platzen zu lassen. Der Vorgang war folgender: Ich hatte ihnen zuerst diese Geschichte mit der Formel für die innerdeutschen Kontakte gesagt und erklärt, das ist für uns sehr wichtig, ja, das ist entscheidend für uns. Mit der SPD haben wir uns geeinigt auf dieser Formel. Seid auch ihr bereit, diese Formel anzuerkennen? Dann kamen wir auf die Frage der Steuererhöhungen. Ich sagte ihnen: Meine Herren! Wir haben uns mit der SPD, die zunächst auch Steuererhöhungen abgelehnt hatte, geeinigt; denn sie ist uns auf halbem Wege entgegengekommen. Wir haben auf die Alkoholsteuer und die Umsatzsteuer verzichtet und sind bei der Mineralölsteuer und Tabaksteuer geblieben. Die SPD hat das akzeptiert. Wollen sie uns nicht auch auf halbem Wege entgegenkommen? Nun ging es los! Unsere Vertreter des Gedankens der kleinen Koalition redeten mit Engelszungen. Ich selber habe gesagt: Es ist doch eine Prestigefrage für uns. An dieser Frage ist die Koalition zerbrochen; also muß jeder sein Gesicht wahren. Das ist doch ganz einfach für euch. Ihr habt in einem Papier den Satz stehen: Steuererhöhungen sind nicht gerechtfertigt. Ihr habt selbst gesagt, das müsse man im Zusammenhang mit dem, was vorher stehe, sehen und statt eines Punktes, der da stehe, müsse man ein Semikolon machen. Ich sagte also, ich darf den Satz so verstehen, daß man die ganze Deckungslücke durch Kürzungen, Streichungen und Einsparungen füllen kann. Deshalb sind Steuererhöhungen nicht gerechtfertigt. Stimmt das? Da haben sie gesagt: Jawohl!

Dann sagte ich, ihr geht aus von einem Defizit von 1,8 Mrd. DM. Unser Freund Schmücker geht aus von einem Defizit von 2,6 Mrd. DM. Dann aber ist immer noch nicht die Frage des Beteiligungsverhältnisses Bund-Länder gelöst. Es steht doch ganz einfach jetzt für euch. Ihr braucht nur zu sagen, wenn es bei der Deckungslücke bleibt, von der wir ausgegangen sind, weigern wir uns strikt, Steuererhöhungen zuzustimmen. Sollte sich die Deckungslücke allerdings als sehr viel erheblicher herausstellen, dann müssen wir die Lage neu überprüfen. Es war nichts zu wollen! Sie sind uns nicht einen Millimeter entgegengekommen. Wir sahen, sie wollten die Koalition nicht.

Dann gingen wir hinaus und haben das Ergebnis dieser Verhandlungen der Presse bekanntgegeben; obwohl Herr Mende bei der Einleitung der letzten Besprechung gesagt hatte, man wäre frei, es sei noch nichts passiert, erklärte er vor meinen Augen: Aus diesem Grunde haben wir heute der SPD eine gewisse Erklärung abgegeben.¹¹ Diese Erklärung war ein Koalitionsangebot mit der Garantie, daß sämtliche Stimmen der FDP-Abgeordneten dem Kanzlerkandidaten der SPD zur Verfügung stünden.

Das habe ich, meine Damen und Herren, Ihnen deswegen so ausführlich geschildert, damit wirklich auch nicht der leiseste Zweifel eines Verdachtens bleibt, daß wir nicht für die Fraktion und die Gremien unserer Partei so verhandelt hätten, daß nichts verschüttet wurde. So ist es geschehen. Ich gebe zu, ich selber hatte nicht viel Hoffnung für das Zustandekommen der kleinen Koalition. Ich habe von Anfang an gesagt, ich muß ja doch

¹¹ Vgl. SPD-FRAKTIONSprotokolle S. 1031 Anm. 12: Mende hatte Brandt zugesichert, daß alle 49 Abgeordneten der FDP-Fraktion für einen SPD-Kanzlerkandidaten stimmen würden.

fragen, kann man mit denen noch einmal koalieren? Wird das halten? Was passiert, wenn dieser Partner wieder nicht bei der Stange bleibt? Ich wußte, daß mindestens zwei Drittel dieser Fraktion sich mit Händen und Füßen gegen die Wiederaufnahme einer Koalition mit uns wehrte. So ist es also gegangen.

Die sachlichen Gespräche brachten weitgehende Übereinstimmung. Zum Haushalt hat die SPD zugesagt, daß sie den in diesem Jahr noch zu verabschiedenden drei Gesetzen – Finanzplanungsgesetz, Steueränderungsgesetz und Ergänzungsgesetz¹² – zustimme; was sehr wichtig ist, sonst würden wir im nächsten Jahr eine gewaltige Belastung mit hinübernehmen. Sie haben diesen Steuererhöhungen zugestimmt. Die SPD ist entschlossen, mit uns zusammen in den kommenden Jahren streng zu regieren, d. h. dem Volk zu sagen, wie die Dinge stehen, und die notwendigen Einsparungen in den öffentlichen Haushalten durchzuführen, den – wie sie sich selber ausdrückten – Kostendruck von unserer Wirtschaft zu nehmen oder einen weiteren Kostendruck zu vermeiden.

Es fiel auch schon der Satz von Professor Schiller¹³: Wir müssen von dieser Koalition von vornherein den Verdacht abwehren, daß sie nun munter an das Umverteilen der Vermögen herangeht. – Das alles waren Dinge, die eine Rolle spielten. Sie haben auch gesagt, es sei notwendig, die Tarifpartner zur Disziplin zu mahnen. Sie haben die beiden Prinzipien Stabilität und Wachstum – die Problematik dieser Paarung kennen wir alle – herausgestellt. Das Wachstum wird bei Schiller ganz groß geschrieben, weil er weiß, entweder gelingt es, dann ist es ein Erfolg, und wenn nicht, dann ist es ein Mißerfolg für uns beide, wobei der Unterschied zu uns darin liegt, daß die Bereitschaft zur Lockerung der Restriktionen bei der SPD erheblich größer war als bei uns.

Die SPD hatte auch strikte die Abschaffung der Kuponsteuer¹⁴ gefordert; eine Frage, die auch in unseren Reihen umstritten ist. Wir haben dann die Sache neutralisiert, indem wir sagten, diese Frage, ob die Kuponsteuer bestehen bleibt oder nicht, wird überprüft.

Interessant war die Stellungnahme zur Frage des Mitbestimmungsrechts. Hier wurde gar kein Vorstoß unternommen, sondern es sollte eine Kommission gebildet werden,

12 „Erstes Gesetz zur Überleitung der Haushaltswirtschaft in eine mehrjährige Finanzplanung (Finanzplanungsgesetz)“ vom 23. Dezember 1966, BGBl 1966 I S. 697; „Zweites Gesetz (Steueränderungsgesetz)“ vom 23. Dezember 1966, BGBl 1966 I S. 702; „Gesetz zur Förderung der Stabilität der Wirtschaft“ vom 8. Juni 1967, BGBl 1967 I S. 582.

13 Dr. Karl Schiller (1911–1984), Hochschullehrer; 1946 SPD, 1947 Ordinarius in Hamburg, 1948–1953 Wirtschafts- und Verkehrssenator in Hamburg, 1949–1957 Mitglied der Hamburger Bürgerschaft, 1956–1958 Rektor der Hamburger Universität, 1961–1965 Wirtschaftssenator in Berlin, 1956–1972 MdB, 1966–1971 Bundesminister für Wirtschaft und 1971/72 auch für Finanzen, 1972 Austritt aus der SPD, 1980 Wiedereintritt. Vgl. KEMPF/MERZ S. 583–588.

14 Zinsen aus festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen, die an Gebietsfremde ausgezahlt wurden, unterlagen bis zum 31. Juli 1984 der Kapitalertragsteuer (Kuponsteuer). – Vgl. Drs. V/864 vom 10. August 1966 („Kleine SPD-Anfrage betr. Abschaffung der Couponsteuer“) und die am 8. September 1966 erfolgte Antwort des Bundesministeriums der Finanzen (Drs. V/910). Vgl. auch „Bekanntmachung der Neufassung der Verordnung zur Durchführung des Steuerabzugs vom Kapitalertrag (Kapitalertragsteuer) – Kapitalertragsteuer-Durchführungsverordnung (KapStDV)“ vom 8. August 1966, BGBl 1966 I S. 742.

die im Laufe der beiden nächsten Jahre – diese Zeit wurde ausdrücklich genannt – prüfen sollte, welche Ergebnisse dieses Mitbestimmungsrecht zeitige und welche Erfahrungen man damit gemacht habe. Also eine sehr bemerkenswerte Zurückhaltung in diesem Punkt!

Man hat uns außerdem versichert, daß man eben zur Beseitigung des Kostendrucks und zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft auch auf die Tarifpartner entsprechend einwirken wolle. Jedenfalls war das ernstgemeint.

Zur Bereinigung der öffentlichen Haushalte stand das in Frage, was ich seit längerer Zeit die vertikale Rangliste der Aufgaben genannt habe, und zwar quer durch Bund, Länder und Gemeinden – nicht schottendicht gegeneinander abgeschlossen –, nämlich: Was ist von alledem das wichtigste, um dann eine Rangordnung zu machen? Als ganz wichtige Aufgabe, die gemeinsam zu erledigen sei, wurde die Reform der Finanzverfassung genannt, wobei der SPD viel daran lag, daß man eine Lösung finde, die im voraus den betreffenden Gemeinden helfe, daß man also nicht warten solle, bis die gesamte Arbeit der Reform durchgeführt sei. Auch darüber erfolgte im Prinzip Einigung. Das waren aus diesem Gebiet die wesentlichen Punkte.

Dann wurden das Parteiengesetz und die Parteifinanzierung angesprochen, und zwar ebenfalls als gemeinsame Aufgaben, die zu lösen wären.

Auf dem Gebiete der Sozialpolitik – Kollege Blank war da – haben sich höchst merkwürdige Momente ergeben, wobei die Sozialpolitiker von Herrn Schellenberg¹⁵ zurückgepfiffen wurden. (*Blank*: Ich habe mich nicht zurückpfeifen lassen!) Dabei bin ich mir natürlich klar darüber, meine Damen und Herren, daß bei aller schönen Eintracht bei diesen Verhandlungen immer noch grundlegende Unterschiede bestehen und daß gewisse dirigistische Vorstellungen der SPD heute nicht mehr dieselbe Linie wie ehemals haben, sondern daß das alles eine viel subtilere Sache geworden ist. Jedenfalls haben diese Gespräche uns überzeugen können, daß wir mit diesem Koalitionspartner die Wirtschaftspolitik und die Finanzpolitik machen können, die notwendig ist, damit wir aus dem augenblicklichen Schlamassel wirklich herauskommen, damit wirklich Wachstum und Stabilität gesichert werden können und damit Ordnung in den öffentlichen Finanzen hergestellt wird.

Natürlich steckt in den Streichungen, die da vorgeschlagen worden sind, auch ein Programm. Daß dabei die von der SPD vorgesehenen Streichungen eher zu unserem Programm passen als die Streichungen, die die FDP vorhatte, ist klar. Da gab es natürlich gewisse Dinge, die wir nicht hätten mitmachen können.

Meine Damen und Herren! Wir haben natürlich über mittelfristige Vorausplanungen und diese Dinge gesprochen. Mit anderen Worten, es war der Wille deutlich, für die kommenden Jahre so zu arbeiten, daß man nicht von der Hand in den Mund lebt, von einem Tag zum anderen, sondern daß möglichst in allen Bereichen Ordnung einkehre.

¹⁵ Dr. Ernst Schellenberg (1907–1984), Hochschullehrer; 1946–1948 Professor am Institut für Sozialpolitik und Versicherung der Humboldt-Universität Berlin; 1952–1976 MdB (SPD), 1960–1973 Mitglied des SPD-Bundesvorstands.

Dann haben wir uns zu dem bisherigen Stadium der Entscheidungen vorgearbeitet. Sie wissen, daß bei der SPD die Dinge sehr, sehr hart umkämpft waren und sind. Heute nacht hat der Parteirat der SPD mit einer beachtlichen Mehrheit – ich glaube 74 oder 79:19 Stimmen – sich für eine Große Koalition entschieden.¹⁶ In der Fraktion waren es nach der Auskunft von Herrn Brandt $\frac{2}{3}:\frac{1}{3}$; die anderen meinten, nicht ganz $\frac{2}{3}$; sie hätten keine formelle Abstimmung durchgeführt. Sie wissen, daß sie von ihrer Verhandlungskommission erwarten, daß heute abend gewisse allgemeine Entscheidungen über die Organisation der kommenden Bundesregierung und über einige personelle Dinge fallen werden; nicht etwa über eine Kabinettsliste. Davon machen sie ihre endgültige Entscheidung über die Wahl des Bundeskanzlers abhängig.

So stehen also jetzt die Dinge. Wir haben, glaube ich – ich darf das sagen –, während der ganzen Verhandlungen das Heft in der Hand behalten. Wir haben es uns nie aus der Hand nehmen lassen. Wir haben die Dinge immer so geführt, wie es notwendig war, um ganz klar festzustellen, ob wir mit diesem Koalitionspartner auch wirklich Politik machen können. Wir hatten keine andere Wahl mehr im letzten Stadium, als entweder die Große Koalition abzuschließen oder in die Opposition zu gehen, dann natürlich Neuwahlen und dergleichen. Aber das wäre ein sehr riskantes Abenteuer gewesen.

Ich glaube, daß ich diesem Gremium empfehlen soll, wie ich es der Fraktion schon empfohlen habe, sich für diese Große Koalition mit allem Risiko, was dazu gehört, zu entscheiden. Sie haben noch in den letzten Tagen die bedauerlichen Äußerungen von führenden Persönlichkeiten der SPD gehört: Offenbarungseid, Konkursmasse, die liquidiert werden müsse, usw. Ferner einige unliebsame Dinge, die im Zusammenhang mit einem wirklich höchst unberechtigten Angriff des Herrn Brandt gegen Herrn Erhard kamen;¹⁷ dazu eine Erwiderung, die der Herr Bundeskanzler daraufhin gab. Ich bin angesprochen worden in der Fraktion. Ich habe gesagt, das sei eine Torpedierung meiner Bemühungen; es sei alles Unsinn. Nun, meine Damen und Herren, ich habe in der Öffentlichkeit nur gesagt: Das ist die berechtigte Abwehr eines Angriffs des Herrn Brandt durch den Herrn Bundeskanzler. Ich kannte diese Dinge nicht. Wir werden weiter verhandeln. Ich würde es bedauern, wenn durch diese Auseinandersetzung das Verhandlungsklima leiden würde; denn wir standen kurz vor dem Abschluß.

Das ist alles nicht von uns zu entschuldigen. Wir dürfen es auch nicht hinnehmen. Ich habe im Fernsehen bereits in aller Ruhe gesagt:¹⁸ Was heißt neue Politik? Wir werden unsere erfolgreiche Politik fortsetzen und werden gemeinsam auch manches Neue

16 Vgl. „Hannoversche Allgemeine“ vom 30. November 1966 „Versachlichung in den SPD-Reihen“: Der SPD-Parteirat hatte mit 73:19 Stimmen die Große Koalition befürwortet.

17 Brandt äußerte in einem Interview mit der „Neuen Ruhr-Zeitung“ am 10. September 1966 Zweifel an den „Führungsfähigkeiten Erhards als Kanzler“. In einem Interview mit dem DLF am 2. Oktober 1966 sagte er, daß es durchaus „ehrenwerte Motive“ geben könnte, Erhard abzuwählen, vgl. BPA-Mitschrift vom 2. Oktober 1966. Am 28. Oktober 1966 hatte Erhard im hessischen Wahlkampf geäußert, Deutschland unter der Zuchttroute der SPD wäre unerträglich, die Schreckensherrschaft der SPD müßte verhindert werden. Daraufhin hatte Brandt heftig geantwortet, vgl. FAZ vom 30. Oktober 1966.

18 Vgl. SPD-FRAKTIONSPROTOKOLLE S. 1035 Anm. 28; SCHMOECKEL/KAISER S. 52.

machen. Das ist die Formel. Mit dieser Formel würde ich in diese Koalition gehen. Sie müssen bedenken, daß die Äußerungen, die da getan worden sind, natürlich Äußerungen der Führer der SPD an ihre eigenen Leute waren. Sie wußten, für diese Menschen ist es eine furchtbar schwere Entscheidung. Ich habe ihnen gesagt: Damit muß jetzt Schluß sein! Mit einer solchen Formel kommt ihr nicht herein. Wir werden nie ganz vermeiden, meine Damen und Herren, daß die SPD in der Folge sagen wird, wenn sich Erfolge einstellen, ist das alles der Blutauffrischung durch uns zu verdanken. Meine Damen und Herren! Es wird alles auf uns ankommen, wie wir das nun in den kommenden Jahren machen werden.

Der Ausbruch von Herrn Wehner¹⁹ im Bundestag – das bin ich Ihnen noch zu sagen schuldig, weil er mich ermächtigt hat, das ausdrücklich zu sagen – ist z. T. dadurch verursacht worden, daß ihm die FDP – ich will den Mann jetzt nicht nennen – sagen ließ, die CDU hat sich mit uns in der Steuerfrage geeinigt. Sie hat auf Steuererhöhungen verzichtet. Das hat Wehner als einen Dolchstoß in den Rücken empfunden, und er hat gemeint, wir hätten nun hinter dem Rücken der SPD schnell abgeschlossen. Das war also ein Grund für sein aufgeregtes Auftreten im Bundestag.

Meine Damen und Herren! Mit solchen Mitteln wurde gearbeitet. Genau das Gegenteil – ich habe es Ihnen klargestellt – war der Fall. Nun, wenn ich abschließend meine persönliche Meinung sagen soll, dann folgendes: Jede der beiden Parteien setzt auf Sieg für 1969, und zwar zunächst die führende Gruppe der SPD; und wenn wir diese Koalition abschließen, auch wir.

Über die Absicherung durch ein Übergangswahlrecht habe ich schon gesprochen, aber die wirkliche Garantie und Gewähr des Sieges im Jahre 1969 sind wir selbst. Das ist die Art, wie wir in den kommenden Jahren vor dem deutschen Volk erscheinen, ob wir uns als regierungsfähig erweisen, ob wir den Mut zu raschen und durchgreifenden Entscheidungen haben, ob wir diese Entscheidungen – jeder einzelne, der in der Regierungsmannschaft steht – diesem Volke auch so überzeugend darstellen können, daß es sie billigt, und daß es uns als die eigentlich Führenden – wir haben immerhin den Vorzug, den Kanzler zu stellen – bei dieser Politik empfindet. Eines ist freilich Voraussetzung, nämlich Einigkeit und Geschlossenheit in unseren Reihen.

Meine Damen und Herren! Ich habe diesen Weg beschritten nicht aus persönlichem Ehrgeiz. Ich wußte, was gerade mir bevorstand in diesen Zeiten. Sie können sich denken, welche inneren Widerstände ich zu überwinden hatte. Diejenigen, die mich seit einiger Zeit gedrängt haben, mich zur Verfügung zu stellen, wissen es. Ich habe es getan, weil ich, der ich so viele Jahre dieser Partei gedient habe in den verschiedensten Positionen und immer in vorderster Front, nicht will, daß ich am Ende meines politischen Lebens vor einem Trümmerhaufen stehe; weil ich will, daß das, was wirklich einmal in dieser unseligen deutschen Geschichte große Politik war, vor allem unter Konrad Ade-

19 Vgl. Sten.Ber. 5. WP 73. Sitzung vom 23. November 1966 S. 3442–3444; vgl. auch SPD-FRAKTIONSProtokolle S. 1021 Anm. 2.

nauer, also dieses große Erbe von uns und von denen, die nach uns kommen, so verwaltet wird, daß es dem Wohle unseres Volkes, nicht nur dem Wohle unserer Partei, dient.

Sie haben mich erkoren als Kandidat. Wenn Sie mich zum Kanzler küren, dann kann ich Ihnen nur eines sagen: Ich kenne die Probleme, ich kenne die Risiken. Ich weiß, daß ich nichts ausrichten kann, wenn diese Partei wieder in rivalisierende, uneinige und zerstrittene Gruppen auseinanderfällt. Wenn Sie mir aber die Einigkeit gewähren, dann verspreche ich Ihnen, daß das Letzte an Geist und Kraft, was in mir ist, daran gesetzt wird, um im Jahre 1969 den Sieg an unsere Fahnen zu heften. (*Starker Beifall.*)

Barzel: Meine Damen und Herren! Der Herr Bundeskanzler muß zu einem Gespräch mit Mr. McCloy²⁰, der im Hause ist. Ich danke dem Herrn Kollegen Kiesinger sehr herzlich für seinen Bericht. Ich glaube, er bedarf keiner Ergänzung. Er ist vollständig. Wir sollten versuchen, ihn alsbald zu diskutieren.

Ich glaube, es ist selbstverständlich – und es braucht hier nicht noch gesagt zu werden, daß wir alle miteinander und die Bundestagsfraktion vor allem Wert darauf legen, in den kommenden Debatten völlig deutlich zu machen, daß hier nicht eine Große Koalition entsteht wegen eigenen Versagens und wegen einer merkwürdigen Lage, sondern nur wegen mit verfassungsändernder Mehrheit zu bewirkender Zielvorstellungen. Ich glaube, daß es ganz klar ist, daß wir uns in keiner Weise etwa Ludwig Erhard gegenüber ins Unrecht setzen lassen. Das braucht hier nicht im einzelnen dargetan zu werden.

Vielleicht darf ich eben nur noch den Beschluß mitteilen, weil er in der Presse nicht korrekt wiedergegeben ist, den die Bundestagsfraktion gestern abend nach einer langen Debatte, an der sich 64 Kollegen beteiligt haben, gefaßt hat. Er lautet wie folgt:²¹

1. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat in einer eingehenden Aussprache die Gründe für und gegen eine Große Koalition erörtert. Sie billigte den vom Ministerpräsidenten Kiesinger erstatteten Bericht über die Sachverhandlungen mit der SPD und der FDP.

Dieser erste Absatz ist gegen vier Stimmen angenommen worden. Der zweite Absatz lautet:

2. Die Bundestagsfraktion stimmt abschließenden Verhandlungen über die Bildung der Koalition mit der SPD zu. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird morgen, Dienstag, 20.00 Uhr, den abschließenden Bericht entgegennehmen und dann darüber Beschluß fassen.

Diese zweite Passage ist angenommen worden gegen sechs Stimmen bei neun Enthaltungen.

20 John Jay McCloy (1895–1989), amerikanischer Bankier und Politiker; 1941–1945 stv. Kriegsminister, 1947–1949 Präsident der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, 1949–1952 Hoher Kommissar der US-Regierung in Deutschland, 1953–1960 Vorsitzender der Chase National bzw. Chase Manhattan Bank, 1961/62 Sonderbeauftragter des Präsidenten Kennedy für Abrüstungsfragen. Vgl. Erika J. FISCHER/Heinz-D. FISCHER (Hg.): John J. McCloy – An American Architect of Postwar Germany. Profiles of a Transatlantic leader and Communicator. Frankfurt/Main 1995.

21 Fraktionssitzung am 28. November 1966, vgl. CDU/CSU-FRAKTIONSPROTOKOLLE S. 2275.

Die von uns gedachten nächtlichen Gespräche mit den Sozialdemokraten haben nicht stattfinden können, weil der Parteirat der Sozialdemokraten über Mitternacht hinaus getagt hat. Es gibt eine Verabredung für heute mittag 1.00 Uhr, so daß wir vielleicht um 3.00 Uhr im Parteausschuß auch zu den anderen Fragen ein bißchen mehr werden sagen können. Ich weiß nicht, ob der Kollege Lücke den Bericht ergänzen sollte. (*Zuruf*: Nicht im Augenblick!)

Seebohm: Ich möchte mir die Anregung erlauben, daß Herr Kollege Lücke doch, weil es sich um die Wahlrechtsfragen handelt, zunächst einmal Stellung nimmt zu dem ganzen Fragenkomplex.

Barzel: Herr Kollege Lücke!

Lücke: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Es sind zwei Problemkreise; einmal das Übergangsrecht und einmal das endgültige Wahlrecht. Es soll im Jahre 1969 nach einem Übergangswahlrecht gewählt werden, d. h. praktisch innerhalb der bisherigen Wahlkreise. Man ist übereingekommen, die Modifikationen, die dieses Übergangswahlrecht enthält, zu beraten innerhalb der Partei und der Regierung, und zwar im ersten Halbjahr 1967, damit wir nicht bei den Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz und in Niedersachsen²² Unruhe hineintragen.

Die Überlegungen gehen dahin, in 248 Wahlkreisen im Jahre 1969 zu wählen und dabei in der bisherigen Sperrklausel, die lautet: Drei Mandate oder 5%, das Wort „oder“ durch das Wort „und“ zu ersetzen, so daß es heißen soll: „Drei Mandate und 5%“. Dieser Vorschlag bedeutet kein Ei des Kolumbus; denn wir haben früher schon einmal vorgeschlagen, das Wort „oder“ zu ersetzen. Mit der Ersetzung durch das Wort „und“ würden radikale Gruppen rechts und links von uns ausgeschaltet werden. Weiter schlage ich vor, auf fünf Direktmandate zu gehen. Das läge noch im Rahmen des Urteils des Bundesverfassungsgerichts.²³ Weitere Ergänzungen zu dem Übergangswahlrecht sollen in einer Kommission, die in der Koalition gebildet werden soll, erörtert werden. Wir haben gestern in der Fraktion festgestellt, daß auch in unseren Reihen über dieses ganze Thema Unklarheit herrscht. Es wäre heute morgen auch unmöglich, den ganzen Komplex auch nur annähernd darzustellen. Ich habe deshalb vorgeschlagen, daß wir uns innerhalb der Partei – wir haben volle Handlungsfreiheit – sehr bald und sehr eingehend mit diesem doch, wie Kollege Kiesinger sagt, bedeutenden Problem befassen, damit die Sorgen beseitigt werden, die hier und da bestehen, als ob hier ein Wahlrecht gegen jemand gemacht würde.

Es wird auch kein Wahlrecht erörtert, das uns in den großen Verdichtungsräumen Stimmen und Mandate wegnimmt, sondern die Überlegungen, die angestellt werden, können doch nur im Interesse unserer Partei liegen. Uns lag daran, bei den Verhandlungen den Koalitionspartner, den wir uns nicht wählen konnten, der einfach gegeben ist,

22 In Rheinland-Pfalz wurde am 23. April, in Niedersachsen am 4. Juni 1967 gewählt.

23 BVerfG-Urteil vom 23. Januar 1957 (2 BvE 2/56, S. 84–132) in dem Verfassungsrechtsstreit betreffend die Gültigkeit des § 6 Absatz 4 Bundeswahlgesetz vom 7. Mai 1956 (vgl. Absatz 5 des Urteils).

dahin zu bringen, daß er sich dazu bekannte, am Ziel dieser Entwicklung einem klaren Mehrheiten bildenden Wahlrecht zuzustimmen.

Das beinhaltet sowohl das relative Mehrheitswahlrecht im angelsächsischen Sinne als auch das Thema, wie ich es mir vorstelle, zu wählen in Wahlkreisen mit einer Bundesliste. Das beinhaltet eine Reihe anderer Fragen.

In der Presse sind nun von der Opposition in Interviews irreführende Äußerungen dergestalt veröffentlicht worden, als ob es nur noch ein relatives Mehrheitswahlrecht gäbe.²⁴ Das Wort „mehrheitsbildendes Wahlrecht“ hat die Verwirrung gestiftet. Es muß genau heißen: „Mehrheiten bildendes Wahlrecht“. Ich möchte hier unterstreichen, was Kollege Kiesinger gesagt hat, diese Demokratie hat auf die Dauer nur eine Zukunft in der modernen Industriegesellschaft, wenn klare Mehrheiten nach einer Wahl zustande kommen, so daß es nicht mehr notwendig ist, durch Koalitionen permanent den Wählerwillen zu verfälschen. Das hat dazu geführt, daß bei unseren Menschen, vor allem bei unserer Jugend, es nur schwer möglich ist, eine Partei zu profilieren, weil diese immer wieder erklären: Was macht ihr dort in Bonn, was habt ihr dort zusammengezimmert.

Wir haben über dieses Thema 17 Jahre lang nicht diskutieren können. Wir wollen es nun in Ruhe tun. Wir haben deshalb gestern morgen ein Papier gefertigt, das nur intern zur Diskussion den Parteigremien der beiden Koalitionspartner dienen soll.²⁵ Festgelegt worden ist folgendes – und ich bitte sehr darum, daß der Bundesvorstand hier mitgeht –, daß diese Regelung, wie immer sie aussieht, in den nächsten drei Jahren sowohl in das Grundgesetz und auch im endgültigen Wahlgesetz verankert werden muß.

Die Regelung, wie das Mehrheiten bildende Wahlrecht, nach dem nach der nächsten Bundestagswahl im Jahre 1969 gewählt werden soll, aussehen muß, muß während dieser Legislaturperiode bis 1969 in das Grundgesetz hineingebracht werden, weil wir nicht wollen, daß eine Zufallsmehrheit es irgendwann wieder beseitigt. Das war der schwierigste Verhandlungspunkt, aber nicht in diesen Verhandlungen, Herr Kollege Kiesinger. Seit genau vier Jahren diskutieren wir über diese Frage in einem kleineren Gremium.²⁶

Die Schwierigkeiten innerhalb der Opposition waren deshalb so groß, weil dort der größere Teil der Gewerkschaftsfunktionäre betroffen wird, die deshalb Sorge haben, daß sie auf diesem Wege nicht mehr durchkommen können.

Zugleich soll während dieser Periode das Wahlgesetz mit Zweidrittelmehrheit verabschiedet werden, nach dem nach 1969 gewählt werden soll. Zugleich soll in diesem Wahlgesetz, das nach 1969 die endgültige Regelung bestimmt, festgelegt werden, daß

24 Vgl. Stuttgarter Nachrichten“ vom 29. November 1966 „Wehner: Neues Wahlrecht nicht vor 1969“.

25 „Bericht der Arbeitsgruppe für Wahlrechtsfragen“ vom 10. November 1966 in ACDP 01–077–111/1. Eine Wahlrechtskommission der CDU/CSU konstituierte sich am 10. April 1967 (Protokoll mit Mitgliederliste in ACDP 07–001 AO 121).

26 Erste Sitzung der Arbeitsgruppe für Wahlrechtsfragen am 4. Februar 1963 (Protokoll in ACDP 07–001 AO 105).

wir in fünfjährigen Legislaturperioden wählen. Die vierjährige Periode ist zu kurz. Das haben wir doch oft genug erlebt. Wir brauchen fünfjährige Perioden. Bei den Gesprächen wurde deutlich, daß auch innerhalb der Länder im Laufe der Jahre sich ein solches Wahlgesetz Zug um Zug sicherlich entwickeln wird. Von den Sozialdemokraten wurde dieser Weg mit erörtert.

Es wurde weiter keine Frage der Grundgesetzänderung, aber eine Frage von hoher praktischer Bedeutung erörtert, daß nämlich die Landtagswahlen und die Kommunalwahlen jeweils an einem Tage stattfinden sollen. Das würde heißen, im Jahre 1967 sollten die drei Landtagswahlen und die Kommunalwahlen an einem Sonntag stattfinden, um somit diese Wahlen etwas zu straffen. Das sind aber Fragen, die von der Wahlrechtskommission und von unserer Partei zu behandeln sind.

Schließlich soll die wichtige Frage der Neuzuschneidung der Wahlkreise, die auch von großer Bedeutung für uns ist, bis zum Jahre 1969 erfolgen und im Wahlgesetz mitverankert werden, das wiederum dann einer Zweidrittelmehrheit bedarf.

Meine Freunde! Ein solches Wahlrecht mit der Übergangslösung enthebt uns in der öffentlichen Diskussion dem Vorwurf, daß wir hier uns selbst für alle Zeiten in einer Proporzdemokratie gesichert hätten. Aber dieser Weg ist sicherlich für unsere Partei mit keinem größeren Risiko verbunden als für die Sozialdemokraten. Dieser Weg sichert aber für die Zukunft klare Mehrheiten. Ich glaube, die deutsche Politik braucht in der Zukunft nichts notwendiger als klare Mehrheiten. Die vor uns liegenden drei bis vier Jahre bieten Muße und Zeit, um in aller Ruhe dem deutschen Volke klarzumachen, daß wir nur vorübergehend mit den Sozialdemokraten zusammengehen, um bestimmte notwendige Dinge zu tun.

Ich darf noch kurz sagen, was daneben geschehen muß, weil Kollege Kiesinger die Dinge global nannte. Wir brauchen die Grundgesetzänderung im Art. 109 für das Stabilitätsgesetz sofort. Wir brauchen sofort die Änderung des Art. 113. Wir brauchen sofort die Änderung des Art. 75²⁷ – Rahmenkompetenz – für die Neuregelung des Öffentlichen Dienstes in den Ländern und Gemeinden für die Beamten, Angestellten und Arbeiter; eine ganz schwerwiegende Frage!

Wir brauchen die Notstandsverfassung. Wir brauchen die Finanzverfassungsreform und die Finanzreform zwischen Bund, Ländern und Gemeinden. Zu den Gemeinden darf ich sagen, vielleicht erwähnen Sie das, Herr Kollege Kiesinger, heute nachmittag und in der Regierungserklärung, es war in den Verhandlungen so, daß ich erklären mußte, daß die Bundesregierung dabei ist, die Finanzverfassungsreform und die Finanzreform zwischen Bund, Ländern und Gemeinden aufgrund des Troeger-Gutachtens²⁸ zu erarbeiten, daß aber, wenn auch alle diese Reformen im Grundgesetz verankert würden, die Vorteile für die Gemeinden erst 1970 wirksam werden könnten, so daß auch die CDU/CSU deshalb großen Wert darauf lege, daß in der Übergangsperiode für die Ge-

27 Art. 109 GG regelt die Haushaltswirtschaft in Bund und Ländern, Art. 113 die Frage der Erhöhung von Ausgaben und Art. 75 die Rahmenvorschriften des Bundes für die Gesetzgebung der Länder.

28 Vgl. Nr. 8 Anm. 89.

meinden und Städte etwas Ähnliches geschieht. Daß wir eine andere Auffassung hier haben als die Sozialdemokraten, liegt klar auf der Hand.

Wir haben seit Jahren eine aktive Kommunalpolitik betrieben, aber ich glaube, jetzt beginnen gerade auf diesem Gebiet für die Kommunalpolitische Vereinigung besondere Aufgaben in den nächsten Jahren bei der Durchsetzung dieses Reformwerkes, nämlich bei der Schaffung von Übergangsregelungen für die Gemeinden bis 1970.

Dieses Bündel der notwendigen Verfassungsergänzungen bedeutet keinen Strukturwandel unseres Grundgesetzes. Es sind lauter Dinge, die einfach notwendig geworden sind, die wir machen müssen. Ohne die Regelung dieser Frage würden wir nicht bestehen können.

Barzel: Ich danke dem Herrn Kollegen Lücke für diesen Ergänzungsbericht. – Zunächst hat das Wort Herr Blank.

Blank: Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich hätte mich nicht zu Wort gemeldet, wenn mein Freund Lücke nicht diese Darstellung gegeben hätte. Ich muß jetzt selbst bei mir erst prüfen – das wird durch meinen Diskussionsbeitrag vielleicht möglich sein –, ob er jetzt im Augenblick etwas vermischt hat: Verhandlungsergebnis und Wunsch- und Zielvorstellungen, die wir natürlich an ein solches Recht würden knüpfen müssen. Da mir das nicht klar ist, versuche ich jetzt – und der Verhandlungsführer sitzt hier am Tisch, er kann mich ja jederzeit korrigieren –, einmal eine Darstellung zu geben.

Schon seit meiner frühesten Schulzeit habe ich die merkwürdige Angewohnheit, nie mitzuschreiben. Ich weiß gar nicht, wie das kommt, nie mitzuschreiben, wenn etwas vorgetragen wurde. Aber an dem Tag habe ich genau mitgeschrieben und habe das hier zur Hand.²⁹ Ich kann mich also nicht täuschen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Verhandlungen – ich muß das jetzt einmal sagen – gehen wie folgt vonstatten: In einer Vorbesprechung haben wir beraten. Dann ging eine kleinere Kommission – es können ja nicht 15 Mann dahin gehen – zum Verhandeln. Danach wurde der größeren berichtet. Wir haben wieder Beratungen gehabt und Meinungsbildung betrieben. Und bei diesen beiden Verhandlungen mit der SPD war ich dabei, weil mich der Verhandlungsführer dazu bat wegen der Frage Nordrhein-Westfalen. Ich habe genau mitgeschrieben. Ich gebe jetzt, obwohl ich mich ansonsten nach draußen zum absoluten Schweigen für verpflichtet halte, Herrn Kiesinger, diesem Kreise das bekannt.

In unseren Vorbesprechungen hat uns der Kollege Lücke ein Wahlrecht entwickelt, das, wie er sagte – die Vokabel stammt von ihm –, ein mehrheitsbildendes sei, d. h. ein Wahlrecht, das natürlich auch erlaubt, mit den schwierigen Fragen fertig zu werden, die sich dann beim absoluten oder beim relativen Mehrheitswahlrecht ergeben in konfessioneller, in soziologischer und was weiß ich in welcher sonstigen Hinsicht. Er hat es

²⁹ Mitschrift im NL Blank nicht zu ermitteln. Im NL Lücke gibt es mehrere Ausführungen zu Verhandlungspunkten im Rahmen der Koalitionsverhandlungen, u. a. auch den „Entwurf einer Regierungserklärung zum Thema Wahlrecht“ vom 30. November 1966, vgl. ACDP 01–077–111/1.

auch kurz dargetan und gesagt – jetzt gebe ich einen genauen Bericht –, man braucht etwa 80 Grundgesetzänderungen verschiedenster Art. Brandt hat geantwortet, er habe zum Vorschlag Lücke stärkste Bedenken, und überhaupt, wenn man darüber spräche, könnte erst das Jahr 1973 in Frage kommen.

Herr Schiller hat gesagt, er habe stärkste Bedenken; und in dieser Legislaturperiode das zu machen, da sei er absolut skeptisch. Dann hat sich der Herr Kollege Barzel eingeschaltet und dargestellt, was wir so im einzelnen wollten; für meinen Geschmack sehr klar, sehr knapp, so daß Herr Brandt sagte, er habe auch Bedenken gegen diese von Barzel genannten Zielvorstellungen. Barzel kleidete das in den Oberbegriff von Zielvorstellungen. Die Rechtfertigung dieser Koalition muß doch sein die Außen-, Wirtschafts- und Finanzpolitik, aber nicht prinzipiell Verfassungsfragen. Daraufhin hat sich der Kollege Kiesinger mit Recht gemeldet und dargelegt, was notwendig sei an dem Wahlrecht, daß das also eine ganze Reihe von Dingen sei, die man eben nur zusammen schaffen könne.

Herr Schmidt, Hamburg, hat erklärt: Sie können doch nicht erwarten, daß die SPD mit ihnen in eine Regierung geht, die unter dem Rubrum steht: Zur Regelung verfassungspolitischer Notwendigkeiten. Es sind drei große Fische zu regeln – das ist die Schmidtsche Art, wie er spricht –, nämlich die Notstandsregelung, das Wahlrecht und die Finanzreform. Aber was für ein Wahlrecht? Jetzt kommt's: Mehrheitswahlrecht oder mehrheitsbildendes Wahlrecht etwa nach Unkelbachs Vorstellungen³⁰? In diesem Kreise ist sicher bekannt, wer das ist. (*Zurufe*: Nein. – *Unruhe*.) Nun hören Sie bitte zu: „Ich lasse mir die Haare sträuben; das kann man mir doch nicht verkaufen!“ (*Zurufe*: Wer denn?) Schmidt, Hamburg! „Finanzreform darf nicht mit heißer Nadel genäht werden.“ – Und da zeigte sich, wer Chef war. Wehner guckte einmal auf, schob die Pfeife in den anderen Mundwinkel und erklärte: Finanzreform ist das entscheidende Wahlrecht. Ich bin für relatives Mehrheitswahlrecht. – Das war die glasklare Erklärung. Und deshalb ist vereinbart – es sei denn, es müßte in Besprechungen danach noch etwas hinzugekommen sein, das wäre dann zu berichtigen: Relatives Mehrheitswahlrecht, und zwar in der Form, daß das ins Grundgesetz geschrieben und gleichzeitig hinzugesetzt wird, daß das Nähere ein mit gleicher Mehrheit zu verabschiedendes Gesetz regelt, und daß diese beiden Dinge gemacht werden sollten bis 1969, daß aber erst 1973 danach gewählt werden solle.

Als das zu Ende war – Herr Kiesinger wird mir das bestätigen –, fing Herr Brandt noch einmal an, diese Dinge neu auf den Tisch zu legen. Und dann haben wir darüber gesprochen, daß es doch ein Übergangswahlrecht geben müsse. Sie haben sich sehr ge-

30 Prof. Dr. Helmut Unkelbach (1910–1968), Mathematiker; 1952–1968 Professor an der Universität Bonn. – Anfang September 1965 sprach er sich für eine grundlegende Änderung des Wahlrechts aus zugunsten einer relativen Mehrheitswahl mit Ergänzungslisten, d. h. 372 von 496 Bundestagsabgeordneten sollten direkt in ihren Wahlkreisen gewählt werden, wobei die höchste Stimmenzahl eines Bewerbers den Ausschlag gibt. Für je drei auf diese Weise gewählte Abgeordnete einer Partei sollte ein weiterer Abgeordneter über eine Liste nachrücken. Dies sollte die Entwicklung zu einem eindeutigen Zwei-Parteien-System hin begünstigen.

sperrt. Es ist dann vereinbart worden, daß eine kleinere Kommission nochmals zusammentreten sollte, um über ein solches Übergangswahlrecht zu sprechen. Welches das präzise Ergebnis dieser Absprachen ist, das ist für meinen Geschmack nicht auf den Tisch gelegt bisher, weder im Fraktionsvorstand noch in der Fraktion; ich meine mit Klarheit auf den Tisch gelegt. Damit aber kein Irrtum entsteht: Inhalt und Ergebnis der Verhandlungen ist nicht ein irgendwie geartetes Mehrheitswahlrecht, sondern glasklar, wie das Wehner formuliert hat, das relative Mehrheitswahlrecht. Mit dieser Frage haben wir uns zu beschäftigen; es sei denn – das muß ich hinzusetzen –, daß nachträglich noch etwas anderes vereinbart worden ist. Das aber ist mir nicht bekannt.

Barzel: Meine Damen und Herren! Ich danke dem Kollegen Blank für seinen ergänzenden Bericht und möchte versuchen, bevor sich Herr Lücke und Herr Kiesinger äußern, Klarheit in den Fall zu bringen. Ich bestätige ausdrücklich nicht die Darstellung – das ist schon wieder ein schlechtes Wort – des Berichts, den der Kollege Blank über den Stand bis Samstag gegeben hat.

Es war am Samstag wie folgt – darf ich es noch einmal ganz präzise festhalten, damit es hier gar keine Unklarheit gibt. Die Sozialdemokraten haben am Samstag zugesagt:

1. In dieser Periode, also bis 1969, wird ins Grundgesetz geschrieben: Mehrheitswahlrecht.

2. In dieser Periode wird das entsprechende Gesetz einschließlich der geschnittenen Wahlkreise verabschiedet.

3. Und da beginnt der Dissens, der am Samstag noch war, Arbeitsziel der Sozialdemokraten – auch ein schlechtes Wort, Ernst Lemmer, aber das kommt so bei Verhandlungen heraus, wenn sie 16 bis 18 Stunden am Tag dauern –, also, Arbeitsziel: im Jahre 1969 Wahlen nach dem bisherigen Wahlrecht.

Unser Einwand und von mir als Vorbehalt am Samstag offengehalten: Es muß sichergestellt sein, daß dies eine Koalition auf Zeit zu besonderen Zwecken ist. Es muß sichergestellt sein, daß wir nicht 1969 etwa einen Bundestag haben mit fünf Fraktionen. Deshalb muß zumindest ein stärkeres Quorum als das Übergangswahlrecht 1969 da sein. Dieser Vorbehalt war angemeldet. Dann haben wir unter uns noch gesprochen. Es gab Sonntagabend keine offizielle Verhandlung der Delegation, aber ein Gespräch auf Einladung unseres Verhandlungsführers, des Herrn Kiesinger, an dem Herr Heck und ich teilnahmen und auf der anderen Seite die Herren Brandt, Wehner und Schmidt. Sie haben uns gesagt, wie es in ihren Gremien aussieht. Dann haben wir eine Vorschau gegeben, wie wird es bei uns aussehen. Wir haben gesagt: Meine Herren! Wenn wir nicht mit einem Übergangswahlrecht zumindest zu einem stärkeren Quorum für 1969 kommen können, sehen wir schwarz für unsere Gremien.

Darauf ist uns erklärt worden: Über das Quorum können wir sprechen. Soweit abgemacht! Alles andere ist der Ausfüllung bedürftig, wie in allen diesen Gesprächen, so daß es natürlich jetzt darauf ankommt, was wirklich daraus wird. Das sind natürlich auch personelle Sachen.

Es war außerdem verabredet, daß wegen dessen, was hier eben der Ankündigungseffekt des Mehrheitswahlrechts genannt worden ist, um falsche Eindrücke zu vermeiden, eine gemeinsame Sprache beider potentieller Partner zu finden sei. Am Montag früh um 8.00 Uhr trafen sich Herr Lücke und Herr Schmidt von der SPD, um diese entsprechende Formulierung vorzulegen. Die liegt da und kann hier, wenn es gewünscht wird, vom Kollegen Lücke vorgetragen werden.

Außerdem gab es am Montag ein Gespräch über die Frage des Stimmrechts der Berliner Abgeordneten. In dieser Frage sind wir der Auffassung, daß man so schnell wie möglich, nämlich noch in dieser Woche, eine so schwerwiegende Frage, bei der man viel Rücksprache halten muß, unmöglich aus dem Handgelenk beantworten kann. Das sagt nichts gegen das warme Herz, mit dem wir diese Frage aufnehmen. Das sagt nur etwas aus über die Verantwortung gegenüber einer so schwerwiegenden politischen Frage, die wir aus dem Handgelenk im Hinblick auf eine Entscheidung morgen oder übermorgen plötzlich zu beantworten haben. Ich glaube, daß damit der Bericht vervollständigt ist. Ich weiß nicht, ob Herr Lücke oder Herr Kiesinger noch etwas dazu sagen wollen.

Lücke: Herr Kollege Blank hat korrekt berichtet. Nicht nur die Kommission hat getagt, sondern es haben auch weitere Gespräche mit der Opposition dahingehend stattgefunden, daß wir uns in diesem Augenblick nicht festlegen können auf diese Übergangsregelungen, weil sie von uns noch näher festgelegt werden müssen. Damit waren die Herren einverstanden. Ich habe hier bereits Lösungen vorgetragen, die in der Kommission vereinbart worden sind. Der Ankündigungseffekt ist eine Formulierung gewesen, die als eine nicht zur Veröffentlichung bestimmte Arbeitsgrundlage gedacht war für die Beratungen bis zur Regierungsbildung für beide Seiten:

„Die moderne Demokratie verlangt klare parlamentarische Mehrheiten. Um das zu erreichen, ist das relative Mehrheitswahlrecht notwendig. Das lehrt ein Blick auf England und die Vereinigten Staaten. In jedem Wahlkreis wird dort nur ein Abgeordneter gewählt. Es gibt keine Listenmandate. Das hat klare parlamentarische Mehrheiten ermöglicht. Ihr Ergebnis ist, daß in der Regel eine Partei die Regierung bildet, der eine starke Opposition gegenübersteht. Sowohl die Regierungspartei als auch die Opposition sind dadurch von dem Zwang befreit, den Willen ihrer Wähler durch Koalitionen verfälschen zu müssen. Je eindeutiger die Regierung, je stärker die Opposition, um so klarer die Alternative, die sich dem Wähler darbietet. Für den Staatsbürger entsteht so ein größerer Freiheitsraum für die in der Demokratie unerläßlichen politischen Auseinandersetzungen. Die neue Regierung und die sie tragenden Parteien wollen deshalb gemeinsam das relative Mehrheitswahlrecht im Grundgesetz verankern. Das soll noch in dieser Legislaturperiode geschehen. Ebenso soll noch in dieser Legislaturperiode ein Wahlgesetz mit Zweidrittelmehrheit verabschiedet werden, das die Einzelheiten dazu regelt.“ Das ist z. B. die Bundesliste. Darum mein Wort ‚Mehrheiten bildendes Wahlrecht‘ aufgrund der Verhandlungen. „Das neue Wahlrecht soll erst bei der übernächsten Wahl zum Zuge kommen, damit der Wähler bei der Bundestagswahl 1969 mit seiner

Stimmabgabe zugleich seine Meinung über das neue Wahlrecht zum Ausdruck bringen kann.

Die relativ größeren Wahlkreise ermöglichen zugleich, daß auch kleinere Parteien, wenn sie in bestimmten Gebieten besonders stark vertreten sind, Abgeordnete in das Parlament entsenden können. Die 5%-Klausel entfällt.“³¹

Diese Formulierung ist nicht mit der Verhandlungskommission abgestimmt. Es ist eine Arbeitsgrundlage. Ich habe sie im Rohentwurf vorgelesen. Ich stimme ihr selbst in einigen Sätzen nicht zu. Ich habe deshalb gestern nachmittag in der Fraktionssitzung ein weiteres Gespräch mit Herrn Wehner gehabt in der Richtung, die ich jetzt vorgetragen habe. Ich habe ihm noch einmal klargemacht, uns liegt entscheidend daran, daß das Übergangswahlrecht so geregelt wird, daß wir nicht mit radikalen Gruppen zu tun haben. Dort bestanden keine Bedenken in dieser Richtung.

Barzel: Das Wort hat Herr Adorno.

Adorno: Wann wird diese Übergangslösung so geregelt, wie Sie das eben vorgetragen haben, z. B. die Änderung des Wortes „oder“ durch das Wort „und“?

Lücke: Nach der Landtagswahl in Niedersachsen sollen die Verhandlungen beginnen. (*Adorno:* Und welche Garantien gibt es dafür, daß das Übergangswahlrecht so geändert wird, wie es das Arbeitspapier vorsieht?)

Kiesinger: Das ist eine Koalitionsabsprache! Was denn sonst? (*Adorno:* Besteht eine Koalitionsabsprache darüber, daß das so geregelt wird?)

Lücke: Herr Kollege Adorno, darf ich hier ein persönliches Wort sagen! Wenn diese Dinge so nicht geregelt werden, werde ich dieser Regierung keine Stunde länger angehören.³² (*Unruhe und Bewegung.*)

Barzel: Meine Damen und Herren! Man kann also davon ausgehen, daß hier eine so weit präzisierete – ich kann es auch anders ausdrücken – Koalitionsabsprache vorliegt. Herr Kiesinger hat eben dazu eine bedeutende Bemerkung gemacht. Es ist natürlich selten, wichtige Fragen vor dem Abschluß einer Koalition zu präzisieren. Die endgültige Präzisierung bringt die Regierungserklärung, und die wirkliche Politik bringen die Personen, die sie ausführen. So haben wir das bisher auch gemacht. (*Unruhe und Bewegung.*) – Das Wort hat Herr Amrehn.

Amrehn: Meine Freunde! Für die Große Koalition gibt es zwei Rechtfertigungen. Die eine besteht darin, daß wir sagen, wenn wir in der Regierung bleiben wollen, gibt es überhaupt keinen anderen Weg, als es mit der SPD zu versuchen. Diese Rechtfertigung genügt mir zunächst. Vielen genügt sie aber nicht, deswegen wird eine zweite Rechtfertigung dazugesetzt, die lautet: Wir haben große Aufgaben vor uns. Wir müssen Verfassungsänderungen durchführen, die man früher auch mit der Opposition geschafft hat. Vieles wird jetzt leichter. Insbesondere müssen wir in dieser Legislaturperiode einen Beitrag dazu leisten, daß die Demokratie überhaupt gesichert wird.

³¹ Vgl. ACDP 01–077–111/1, dort findet sich der Text in zwei Fassungen.

³² Lücke trat am 28. März 1968 wegen der von der SPD erreichten Verschiebung der Wahlrechtsreform zurück.

Viele sagen, wir können der Großen Koalition überhaupt nur zustimmen, wenn wir das Wahlrecht gründlich ändern. Und darum ist – beinahe überraschend für mich – nicht Hauptgegenstand unserer Diskussion das, was sachlich in den Programmen und Arbeitspapieren verabredet ist; das scheint auch soweit wie möglich alles recht befriedigend gelungen zu sein, bis auf einige Punkte, auf die ich später kommen werde, die zusammenhängen mit dem Wahlrecht. Vor allen Dingen aber ist nun zum Gegenstand der Erörterungen das Wahlrecht gemacht worden. Es hat sich gezeigt, für uns bleibt das der Angelpunkt für die Zustimmung oder die Ablehnung.

Nun gibt es hier, glaube ich, gar keine Differenz unter uns, daß schon 1969 die Vorschrift über das Quorum verschärft werden muß. Wenn es dazu kommt, daß 5% plus drei Direktkandidaten erforderlich werden, um in den Bundestag zu kommen, dann sind wir über die akuten Schwierigkeiten wahrscheinlich schon hinweg. Wir können wohl davon ausgehen, daß dann 1969 die FDP nicht mehr drin sein wird und die Splittergruppen nicht so stark geworden sind. Das ist eine Vermutung, vielleicht sogar eine Wahrscheinlichkeit. Damit hätten wir bereits das Wahlrecht, das mehrheitsbildend ist und auch möglicherweise für künftige Legislaturperioden ausreicht.

Aber nun möchte ich nicht – und das hat die vorangegangene Diskussion noch einmal gezeigt –, daß die Bildung dieser neuen Großen Koalition gewissermaßen von vornherein an einem Geburtsfehler leidet, nämlich daran, daß sich die Partner der Koalition in sich und gegenseitig nicht vollständig klar darüber geworden sind, was die Grundlage dieser Großen Koalition hinsichtlich des Wahlrechts ist. Herr Kiesinger hat davon gesprochen, die Delegation habe eine Vereinbarung getroffen über das künftige Wahlrecht auf 1973 hin. Er hat eben in einem anderen Zusammenhang, nämlich beim Übergangswahlrecht, die Bemerkung gemacht, die Koalitionsvereinbarung sei auch die Sicherheit, daß es zu einem Übergangswahlrecht, wenn wir es wünschen, kommt. Als Herr Adorno fragte, welche Garantie geben Sie uns denn, daß wir 1969 ein Übergangswahlrecht bekommen, haben Sie geantwortet: Das ist eine Koalitionsabsprache. – Nun sage ich, dann ist aber die Verabredung auch so bindend, daß dieser Bundesvorstand und die Fraktion schon gezwungen wären, um nicht illoyal gegenüber der SPD zu erscheinen, für 1973 das reine relative Mehrheitswahlrecht zu machen. Dies aber, meine Freunde, kann ich selbst, obwohl ich Mitglied der Deutschen Wählergesellschaft³³ bin, in diesem Zeitpunkt verbindlich nicht zusagen, daß wir nämlich jetzt schon ein solches Wahlrecht versprechen.

Wenn ich auch all die Gründe verstehe, möchte ich doch sagen, daß das Beispiel in diesem neuen Papier, das gestern morgen erarbeitet worden ist, das sich auf England und Amerika bezieht, für uns nicht unbedingt zieht. Wir müssen uns vergegenwärtigen, daß aller Wahrscheinlichkeit nach die Industriestädte nie mehr einen CDU-Repräsentanten haben werden. Gestern war noch die Rede davon, daß das auch auf die Länder übertragen werden soll; folglich dann auch auf die Gemeinden. Das kann dann nicht ausbleiben. Das bedeutet, daß wir zu einer katholischen Landvertretung im kommenden

33 Zur Deutschen Wählergesellschaft vgl. PROTOKOLLE 3 S. 28 Anm. 89.

Bundestag werden, meine Damen und Herren. (*Unruhe und Bewegung.*) Ich will jetzt keine eingehende Wahldiskussion über diesen Punkt führen, sondern nur deutlich machen, daß sich eine Partei nicht innerhalb von 48 Stunden darüber endgültig schlüssig werden kann.

Wenn Sie mir sagen, dann verändert sich die Struktur, Herr Kiesinger, dann gucke ich nach Amerika und nach England. Dort gibt es unter den 50 Staaten mindestens 20, die von vornherein und immer nur demokratische Mehrheiten haben werden. Ich blicke nach London, das seit Jahrzehnten immer nur eine sozialistische Regierung hat und keinen anderen Vertreter in der Stadtverwaltung. Das muß man mit in Kauf nehmen.

Was ich erreichen möchte – zumal wir von Herrn Blank hören, daß die SPD darauf in keiner Weise gebunden ist, sondern im Gegenteil es zu bekämpfen sucht –, ist doch, daß wir uns nicht selber Fesseln anlegen. (*Lücke: Wir wollen die SPD anbinden!*) Aber wie? (*Anhaltende Unruhe und Bewegung. – Glocke des Vorsitzenden.*)

Barzel: Das Wort hat immer noch Herr Amrehn!

Amrehn: Herr Lücke, ich habe den Eindruck, daß über die erste Rechtfertigung hinaus diejenigen, die nur unter anderen Bedingungen zustimmen wollen, hier etwas tun durch eine Vereinbarung, worin später Vorstand und Fraktion nicht mehr frei sind. Das ist gestern in der Fraktion auch gesagt worden.

Wir müssen es aber auch der SPD sagen, damit sie uns nicht hinterher erklärt, wir hätten uns illoyal in einem Punkt verhalten, den wir als wichtigen Punkt der Koalitionsvereinbarung ansehen. Es ist schon wiederholt die Rede davon gewesen, daß der Wähler 1969 sagen können soll, ob er mit dieser Grundgesetzänderung einverstanden ist oder nicht, und zwar in der Form, daß er also nun einer Partei die Stimme gibt oder nicht gibt, die das beschlossen hat. Meine Freunde! Das ist einfach ein Denkfehler, das nun als Argument zu bringen; denn Herr Lücke hat vorgetragen, das würde in diesen drei Jahren ins Grundgesetz hineingeschrieben werden. Es soll sogar das spätere Wahlausführungsgesetz mit Zweidrittelmehrheit angenommen werden müssen kraft einer erst zu schaffenden Grundgesetzbestimmung.

Dann hat natürlich der Wähler im Jahre 1969 gar keine Möglichkeit zu sagen, ich bin damit nicht einverstanden, oder wir zwingen gerade dazu, eine Partei zu wählen, die diese Grundgesetzänderung nicht gemacht hat. Aber selbst dann kann er dadurch das Grundgesetz nicht ändern. Ich würde dringend bitten, diese Begründung wegzulassen.

Barzel: Bitte, Herr Kiesinger!

Kiesinger: Ich möchte einige Worte sagen, damit nicht die Diskussion über einige Punkte unnütz weitergeht, und zwar deswegen, weil wir uns mißverstehen. Es ist klar, daß weder unsere Fraktion noch die SPD-Fraktion jetzt zu dieser Frage des Wahlrechts einen bindenden Beschluß fassen kann. Dazu ist einfach ein solches Gremium in diesem Augenblick überfordert. Es handelt sich um eine Absichtserklärung der Verhandlungsdelegation. Beide müssen sich stark machen dafür – anders kann es gar nicht ausgelegt werden –, in ihren Fraktionen für diese Änderung einzutreten. Wieweit die Fraktionen dabei mitmachen können und werden, das muß abgewartet werden.

Nur vor einem warne ich, meine Damen und Herren, denn es heißt im Sachsenspiegel: „Wer den guten Tropfen genießt, muß auch den bitteren trinken“³⁴, d. h. wenn wir uns wirklich absichern wollen für das Jahr 1969 mit einem Übergangswahlrecht, können wir natürlich schlecht sagen, das nehmen wir mal, denn das halten wir für notwendig, damit wir 1969 nicht unter die Räder kommen, aber das andere, das schieben wir weit von uns.

Also, das ist ein Problem. Ich stimme Ihnen zu, dieser eine Satz, daß die Wähler ein Plebiszit machen können, der muß weg. Ich weiß, daß auch Herr Kollege Lücke damit einverstanden war. Im übrigen wissen wir alle, daß es sich hier um ein Problem handelt, das in unserer Partei schon lange behandelt worden ist. Ich gehöre zu den Mitentwerfern des Hamburger Programms, in welchem wir diese Forderung sehr klar formuliert haben.³⁵ Es ist angenommen worden vom Bundesparteitag Hamburg. Es ist die große Mehrheit – ich habe gerade in diesen Tagen mit vielen Freunden aus der Fraktion gesprochen –, die mir sagte, wir dürfen es überhaupt nur machen, wenn dieses Mehrheitswahlrecht durchgesetzt wird. Die Vertreter der großen Städte meldeten jedoch ihre Sorgen mit Recht an.

Ich kann auch nicht voraussagen, wie das wirklich einmal werden wird. Es ist schwer, das vorauszuberechnen, auch für die Städte. Aber ich glaube, das Beruhigende für jeden, Herr Amrehn, der jetzt seine Zustimmung zu irgendeinem Beschluß geben muß, ist wohl das: Es handelt sich um eine Erklärung, wie man das in der Koalition zu realisieren versucht. Dabei bleibt immer noch offen, wie man das im einzelnen macht, ob relatives Mehrheitswahlrecht in der klassischen Form oder ob dieses verbunden ist mit einer Bundesliste, oder wie die Wahlkreise geschnitten werden, ob es auch bei einem Mehrheitswahlrecht notwendig ist, nur einen Kandidaten in einem kleinen Wahlkreis oder drei in einem großen zu wählen. Alles das bleibt noch offen, so daß ich also glauben kann, daß mit dieser Erklärung die Bedenken all derer, die meinen, sie müßten jetzt ihre Zustimmung zur Einführung des relativen Mehrheitswahlrechts nach 1969 geben, zurückgestellt werden können.

Worum ich bitte, ist nur dies, daß man uns diese gemeinsame Erklärung, diese Absicht, die wir proklamieren, nicht zerstört. Meine Damen und Herren! Wenn wir damit nicht an die Öffentlichkeit gehen – ganz abgesehen von der sachlichen Notwendigkeit –, dann wird uns das Wort „Proporzdemokratie“ aber gewaltig um die Ohren geschlagen.

Barzel: Meine Damen und Herren! Darf ich sagen, daß wir versuchen müssen, bis 1.00 Uhr fertig zu werden. – Das Wort hat Herr Windelen³⁶.

34 Zitat nicht zu ermitteln.

35 Vgl. CDU, 4. BUNDESPARTEITAG. Zur Entschliebung zum Wahlrecht vgl. S. 270.

36 Heinrich Windelen (geb. 1921), Kaufmann; 1947/48 und 1964–1966 Mitglied im Kreistag von Warendorf (CDU), 1957–1990 MdB, 1970–1977 Vorsitzender des LV Westfalen-Lippe, Februar bis Oktober 1969 Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, 1983–1987 Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen. Vgl. LEXIKON S. 400.

Windelen: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Man kann diesen Weg nur gehen, wenn man vorher weiß, daß er zeitlich klar begrenzt ist, und daß wir dann wieder zu klaren Mehrheiten und klarer Verantwortlichkeit kommen. Ich meine, das sollte ganz klar sein. (*Zuruf:* Sehr klar!) Über den Weg ist hier manches gesagt worden. Wir alle spüren, daß wir hier an einem Wendepunkt in unserem Staat, aber auch in unserer Partei stehen. Ich gehöre nicht zu den Leuten, die der Meinung sind, daß wir dahin schicksalsmäßig oder durch Gottes Fügung gekommen sind.

Vieles davon hätte sich verhindern lassen. Es hat uns an der Kraft, an der Geschlossenheit und an der klaren Führung gefehlt. Es ist müßig, darüber zu weinen, aber es ist notwendig, sich klar zu werden, daß es in Zukunft nur weitergeht, wenn die Mängel der Vergangenheit beseitigt werden. Ich sehe ein, daß unter den gegebenen Umständen die Verhandlungskommission und Herr Ministerpräsident Kiesinger das Optimale herausgeholt haben aus dieser Lage, aber wir müssen uns darüber klar sein, daß damit nichts gelöst ist. Die Formulierungen, mit denen die Forderungen der einen oder der anderen zunächst auf einen gemeinsamen Nenner gebracht sind, lösen nicht, sondern überdecken lediglich die Schwierigkeiten. Durch elastische Formulierungen wird nichts entschieden, sondern lediglich ein weiterer Spielraum für künftige Entscheidungen geschaffen. Wie dieser Spielraum genutzt wird, wird davon abhängen, mit welcher Geschlossenheit wir dann bei dieser Auseinandersetzung antreten. Deswegen bleibt das, was vorher notwendig war, jetzt lebenswichtig, d. h. also, wie wir diese Frage nun ausfüllen, das wird davon abhängen, ob es uns jetzt wenigstens gelingt, klare Vorstellungen innerhalb unserer Partei zu erarbeiten, durchzusetzen und auch gemeinsam zu tragen.

Ich meine also, wir sollten uns keinerlei Illusionen hingeben. Durch das, was mühsam und – ich gebe es zu – erfolgreich erarbeitet worden ist, ist nichts gelöst, aber auch gar nichts gelöst, sondern es sind neue Voraussetzungen geschaffen für einen neuen Weg in eine ungewisse Zukunft. Wie dieser Weg aussehen wird, wie dieses Ziel erreicht werden soll, das hängt ausschließlich von uns ab. Wir sollten keinen Augenblick versäumen, um diese notwendige Klarheit, diese notwendige Einigkeit, die Ministerpräsident Kiesinger als Voraussetzung für eine erfolgreiche Arbeit genannt hat, zu schaffen, und zwar hier und in der Fraktion.

Das setzt Strukturänderungen in unserer Partei, das setzt aber vor allen Dingen wieder eine zielklare Führung in unserer Partei voraus. Wir sollten uns nicht damit beruhigen, das wir jetzt hier zunächst Lösungen gefunden haben, sondern wir sollten uns klar sein, daß hier nur Lösungsmöglichkeiten geschaffen sind, die es jetzt mit verstärkter Kraft auszufüllen gilt.

Barzel: Das Wort hat Herr Grundmann.

Grundmann: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Daß ich mich hier zum Wort melde, hat einen einfachen Grund. Ich muß heute mittag nach Düsseldorf, weil wir dort Verhandlungen haben.³⁷ Ich halte es aber für meine Pflicht, ein Wort zu sagen,

37 Koalitionsverhandlungen mit der SPD in Düsseldorf – vgl. auch zum Folgenden GRUBER S. 335–342; DÜDING S. 212; vgl. auch Heinz NEHRLING: Machtwechsel in Nordrhein-Westfalen. Essen 1970.

weil ich glaube, daß sie einen inneren Bezug haben zu dem, was Sie heute zu tun haben, und zu dem, was Sie in den letzten Tagen getan haben.

Ich glaube, man muß ein Wort sagen über die Deutung in der Presse, als ob das Schema der Verhandlungen, die in Düsseldorf geführt worden seien, Differenzen in sich getragen hätten zwischen den einzelnen Führungspersonen. Das trifft keineswegs zu. Ich muß hier sagen, daß jede Phase der Gespräche – zunächst hat es überhaupt keine Verhandlungen gegeben – abgestimmt war zwischen der Landtagsfraktion, Herrn Dufhues und dem Ministerpräsidenten³⁸ über die Frage, wie man weiter verfahren soll.

Der Ministerpräsident hatte in den ersten Tagen der Verhandlungen, die hier liefen, Koalitionsgespräche mit den Freien Demokraten, die – gewitzigt durch Erfahrungen aus dem Jahre 1956 – die Form der weiteren Zusammenarbeit betrafen. Zu diesem Zeitpunkt hat Herr Weyer keinen Zweifel darüber gelassen, daß für ihn die Frage der Erhaltung dieser Koalition unabdingbar sei, und daß er nicht daran denke, irgendetwas zu verändern. Das fiel zusammen mit einer Unterrichtung über Gespräche von SPD und FDP über die SPD an uns hier in Bonn, wo gleichzeitig die Düsseldorfer Regelung einbezogen war.

Zu diesem Zeitpunkt hat der Ministerpräsident den Fraktionsvorsitzenden³⁹ gebeten, er möge Kontakt aufnehmen. Ich selber habe an diesen Gesprächen teilgenommen. Zu diesem Zeitpunkt hat – nachdem auch die SPD Fühler ausstreckte – Herr Lenz die ersten Gespräche mit Herrn Kühn geführt; zunächst auf einer sehr engen Basis, ohne daß die Landesparteien oder Minister des Kabinetts eingeschaltet waren. Ich darf hier sagen, daß über diese Gespräche die FDP unterrichtet wurde über den Ministerpräsidenten, daß solche Kontakte stattfanden. Gleichzeitig haben sie darauf hingewiesen, daß sie wußten, daß umgekehrt solche Dinge in Bonn eine Rolle gespielt haben.

Es ist richtig, daß wir dann Samstag vor acht Tagen eingeschaltet worden sind, und daß zu diesem Zeitpunkt es so schien, als ob die Sozialdemokraten zu einer sehr schnellen Düsseldorfer Lösung drängten. Wir hatten den Eindruck aus diesen Gesprächen, als ob die SPD in Nordrhein-Westfalen daran denke, diese Verhandlungsbasis in Bonn dadurch zu stützen und schneller zu entwickeln, daß eine sehr baldige Entscheidung herbeigeführt werde, und zwar unter Umständen noch einige Tage vor ihren entscheidenden Gesprächen. Herr Kühn verhandelte die ganze Zeit so, als ob er die absolute Dekkung habe für dieses Verfahren, auch mit der Überzeugung, daß er dies in seiner Fraktion hinbekomme.

Dann kam ein Rückzieher. Er hat hier in Bonn Gespräche geführt und wurde darauf aufmerksam gemacht, er solle sich zurückhalten, bis diese zu einem Ergebnis kamen. Man wollte also nicht eher vorstoßen, bis hier die Gespräche in ein entscheidendes Verhandlungsstadium getreten waren.

Ich kann das alles überspringen bis auf die Gespräche, die dann unter Beteiligung von uns stattgefunden haben, nämlich die Gespräche über Sach- und Personalfragen,

38 Franz Meyers.

39 Wilhelm Lenz.

wobei man zu den Sachfragen dieselbe Formulierung hatte wie Sie, nämlich Übereinstimmung in allen entscheidenden Fragen. Bei den Personalfragen allerdings gab es eine solche Übereinstimmung nicht. Es gab nicht dasselbe vornehme Verfahren, wie Sie es als Verhandlungsführer hier praktizieren, daß Sie eine paritätische Besetzung des Kabinetts vornehmen von der Zahl her. (*Kiesinger*: Woher wissen Sie denn das? Ich weiß nichts davon! Das haben andere in die Presse gebracht. Ich habe nie ein Wort darüber gesprochen!) Herr Ministerpräsident! In Düsseldorf ließen die Sozialdemokraten keinen Zweifel daran, daß sie eine erheblich andere Machtkonstellation wollten, die uns z. T. in eine etwas eigenartige Situation hineingeführt hätte. Herr Kühn hat offiziell gestern verhandelt, ist aber dann diese Nacht noch einmal zurückgekehrt zu einem mehr privaten Gespräch.

Ich persönlich würde die heutige Ausgangsposition weniger aus den Meldungen sehen, die die Presse bringt nach der Befragung von 20 Abgeordneten, als vielmehr daraus, daß die Führung der nordrhein-westfälischen SPD zwar dieselbe Entschlossenheit besitzt wie die Herren Wehner und Brandt, um zu einem Ergebnis zu kommen, daß sie aber in der Führungskraft gegenüber ihrer Fraktion nicht gleich beurteilt werden kann. Sie hat 99 direkt gewählte Abgeordnete, von denen über die Hälfte neue Mitglieder des Landtags sind, die in ihrem politischen Verhalten nicht eingeschätzt werden können. Es gibt vor allen Dingen dort den ganzen Druck, der von den Organisationen der Wahlkreise auf jeden einzelnen Abgeordneten kommt, so daß ich es für sehr fraglich halte, daß es auch in Nordrhein-Westfalen zu einer Großen Koalition kommen wird.

Das würde bedeuten, daß in den Abendstunden in Nordrhein-Westfalen ein anderes Verfahren praktiziert werden könnte, daß es nämlich zu einer Koalition kommt, teilweise auch vom Verfahren her, die einige Bezüge aufweist zu der Entwicklung im Jahre 1956.⁴⁰ Das würde bedeuten, daß die CDU in Nordrhein-Westfalen in eine Situation hineinkäme, in der sie schon wegen der Wiederholung der Vorgänge im Jahre 1956 zu einer sehr harten Opposition gezwungen wäre, die natürlich wegen der frontalen Stellung von SPD und CDU in der einen oder anderen Frage eines ständigen Kontaktes bedürfe, damit Düsseldorf auf die Dauer nicht zu einem Störenfried wird für das, was Sie hier sehr wahrscheinlich – natürlich mit unserer vollen Billigung – verabschieden.

Barzel: Herr Kohl!

Kohl: Meine Damen und Herren! Ich muß eine Bemerkung zum Mehrheitswahlrecht machen, Herr Kollege Lücke, man kann über diese Dinge reden. Daß wir alle an einem mehrheitsbildenden Wahlrecht interessiert sind, steht außer Frage. Man muß bloß eines dann dazu sagen. Das, was Sie jetzt vorgetragen haben, bedeutet in der Praxis, daß wir in der Bundesrepublik, wenn wir auf eine bestimmte Zeit zu der Koalition kommen, zu einer völligen Gleichschaltung der Politik kommen müssen. (*Unruhe und Bewegung*.) Es wird keine FDP mehr geben in irgendeinem Land, die in eine Landeskoalition neu eintritt. Denken Sie an Niedersachsen, an Rheinland-Pfalz und an Schleswig-Hol-

⁴⁰ 1956 war Ministerpräsident Karl Arnold (CDU) durch ein konstruktives Mißtrauensvotum gestürzt und von Fritz Steinhoff (SPD) abgelöst worden, der eine Regierung aus SPD, FDP und Deutscher Zentrumspartei bildete. Vgl. GRUBER S. 322–324.

stein.⁴¹ Überall dort wird die FDP an uns die Frage stellen: Werdet Ihr im Bundesrat, wenn diese Sache kommt, zustimmen? – Das bedeutet also ganz klar das, was unser Freund Altmeier und ich überall in Rheinland-Pfalz sagen: Unsere Koalition läuft bis zum April des nächsten Jahres. Nach der Landtagswahl sind wir frei nach allen Seiten. Es bleibt in der Konsequenz dessen, was hier gesagt wurde, auch wenn die Verhandlungen erst im Herbst nächsten Jahres geführt werden, nur übrig – mit Ausnahme von Bayern –, quer durch die Bundesrepublik entweder zu Koalitionen CDU-SPD oder – wie es Freund Grundmann andeutete – SPD-FDP zu kommen.

Ich mache auch auf die Konsequenzen für unsere Großstädte aufmerksam. Nehmen Sie das nicht gering. Die CDU Deutschlands hat sich in 20 Jahren den Luxus erlaubt, die Kommunalpolitik auf kleiner Flamme zu verbraten und nicht zu beachten. Ein Teil unserer Misere kommt daher, daß uns die großen Städte entglitten sind, und daß diese heute politisch ganz anders strukturiert sind.

Gerade das führt zu einer Überlegung hinsichtlich der Wahlkreiseinteilung. Heute kann man darüber nicht mehr sagen. Ich spreche von einer Arbeitsgrundlage. Aber das muß sogar noch vor den nächsten Wahlen in Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz in unserem Kreise abgeklärt werden.

Im übrigen bin ich kein Freund der SPD und kein sonderlicher Freund der FDP, aber wider die Natur geht es mir doch, Herr Kollege Lücke, eine von den Wählern immerhin noch legitimierte Partei, auch wenn sie noch renitent in vielen Zügen sein kann, durch ein Wahlgesetz abzuschaffen. (*Starke Unruhe und Bewegung.*) Ich möchte entschieden für meine Person der Prognose widersprechen, daß die weitere Ausdehnung der NPD an drei oder fünf Wahlkreisen für das Wahlgesetz 1969 scheitern wird. Mit einer Wahlgesetzänderung – das kann man in Kauf nehmen, man muß es aber hier vorgetragen haben als ein Argument –, die die beiden großen Parteien von vornherein in Vorteil setzt, werden wir eine psychologische Grundstimmung schaffen, die nicht der FDP, sondern letzten Endes der NPD oder der Nachfolgepartei zugute kommt. (*Anhaltende starke Unruhe.*) Ich teile nicht Ihren Optimismus, daß die NPD im Jahre 1969 nicht in fünf Wahlkreisen der Bundesrepublik diese relative Mehrheit erreichen könnte. Ich könnte Ihnen gern heute nachmittag aus der Parteiengeschichte der letzten 80 Jahre vier oder fünf Beispiele dazu bringen. Ich denke an die verschiedenen Bundesländer, wo das möglich ist. (*Anhaltende Unruhe. – Glocke des Vorsitzenden.*) Ich weise also darauf hin, daß das Argumente sind, die man wägen muß. Es ist ein Problem, das man nicht vom Tisch fegen kann. Es ist doch so, daß es eine Menge von Leuten in der Bundesrepublik gibt, die treue CDU-Wähler sind, die aber trotzdem gegen die „Ermordung“ einer noch präsenten Partei sind. Das ist das eine. (*Sehr starke Unruhe und Bewegung.*)

Nun zum Bericht überhaupt! Die Alternative ist sehr einfach. Wir haben die Möglichkeit, entweder in die Opposition zu gehen oder eine Große Koalition zu machen. Nun hätte ich gern noch ein paar Worte darüber gehört, was eigentlich dieser Terminus heißt: Koalition auf Zeit. Es ist ja jetzt ein Zeitplan neu aufgekomen mit der Einfüh-

41 Am 23. April 1967 fanden Wahlen in Schleswig-Holstein statt, vgl. auch Anm. 22.

rung des eklektischen Wahlrechts. Bedeutet das eine Koalition auf acht Jahre? Ich habe jedenfalls große Angst, trotz der Ausführungen, daß wir kein Proporzdenken bei uns einführen, daß dieses Proporzdenken doch Platz greifen wird. (*Starke Unruhe und Bewegung.*)

Meine Damen und Herren! Auch hier gibt es in der Bundesrepublik praktische Beispiele. Unsere Situation in den Großstädten hat sich nicht zuletzt dadurch verschlechtert, weil genau das in vielen Rathäusern seit Jahren praktiziert wird, und zwar mit dem Erfolg, den ich eben beschrieben habe.

Herr Kollege Kiesinger, ich würde bitten, noch ein Wort über die Notstandsgesetzgebung zu sagen. (*Kiesinger*: Das ist unproblematisch!) Heißt das, daß die Sozialdemokraten zustimmen? (*Kiesinger*: Ja, einwandfrei!) Ich würde auch noch bitten, zum Thema „Deutschlandpolitik“ noch ein paar Worte mehr zu sagen. (*Anhaltende lebhaft Unruhe.*) Mir scheint, das ist doch sehr wichtig; denn es ist der Punkt, wo eine Menge unserer Freunde draußen etwas andere Reden gehalten haben. (*Unruhe.*) Es wäre also wichtig, daß wir uns über diesen Punkt unterhalten.

Es ist gar keine Frage, diese Große Koalition ist ein großes Experiment. Ich muß Ihnen ganz offen sagen, für mich ist es keineswegs ein erfreuliches Experiment. (*Amrehn*: Das ist für keinen erfreulich!) Es gibt aber doch viele, Herr Amrehn, die hierfür freundliche Gefühle haben. Ich muß gleich dazu sagen, das verstehe ich nicht. Der Winter steht nahe bevor, und der Rauhref wird sehr rasch, wie ich fürchte, auf diese Gefühle fallen. Ich sehe aber im Augenblick dazu keine andere Lösung als die der Opposition, was ich aber auch nicht bei dem jetzigen Zustand unserer Partei für sonderlich erstrebenswert halte.

Daß wir hier beschwören, daß wir einig sind, halte ich für müßig, weil wir das in diesem Saal in den letzten Jahren schon so oft getan haben. (*Starke Unruhe und Bewegung.*) Man kann das Experiment der Großen Koalition in der Tat nur eingehen, wenn auch die Chance besteht, daß die CDU/CSU – ich sage bewußt CDU/CSU – wirklich bereit ist, diese Koalition auf Zeit sehr konzentriert durchzustehen. Dazu gehört vielleicht noch ein Wort, Herr Kollege Kiesinger, wobei natürlich niemand von Ihnen erwarten kann – das wäre auch gegen den Geist der Verfassung –, daß Sie zu diesem Thema nun im einzelnen berichten. Aber es wäre schon von Interesse, einmal zu erfahren, ob es eine Absprache von 10:10 plus Kanzler gibt. Das ist eine Sache, die bereits in der „Bild-Zeitung“ und in anderen Zeitungen steht.⁴² (*Starke Unruhe und Bewegung.*) Es wäre schon wichtig, hier im Bundesvorstand ein Wort dazu zu hören.

Zusammenfassend darf ich sagen: Sie haben vorhin den Schiller (SPD) zitiert. Ich habe eigentlich gedacht, man muß in dieser Sache mit Ihrem Landsmann Schiller fragen: „Wer wagt es, Rittersmann oder Knapp“ zu tauchen in diesen Abgrund hinab?“⁴³ (*Kiesinger*: In diesen Schlund hinab! – *Lebhaft Heiterkeit.* – *Stingl*: „Wär“ es möglich,

42 Vgl. „Stuttgarter Nachrichten“ vom 29. November 1966 „Sozialdemokraten fordern von der Union einen hohen Preis“. Vgl. auch KNORR S. 91.

43 Zeile aus der Ballade „Der Taucher“ von Friedrich von Schiller (1759–1805).

könnte ich nicht mehr, wie ich wollte!“ – Wallenstein⁴⁴) – *Anhaltende Unruhe und Bewegung.*) Ich darf Sie also noch einmal bitten, noch ein Wort zu dieser Angelegenheit zu sagen. Ich möchte nachdrücklich unterstützen, daß diese Kommission über die Änderung des Wahlgesetzes von Partei und Fraktion eingesetzt wird. In der letzten Bundesvorstandssitzung bin ich getadelt worden, weil ich nach Grundmann auch für eine Kommission eintrat. Ich will das wenigstens der historischen Wahrheit wegen hier nachtragen. Die Kommission muß ganz klein sein. Deswegen kann der Parteivorstand nur zwei benennen. In der Zeitung hat gestanden, daß sie 14 Mann stark geworden wäre. Ich möchte also, daß wir gegenseitig nicht so miteinander umgehen, und wenn wir „klein“ sagen, dann sollten wir auch „klein“ meinen. (*Amrhein*: Und der Vorstand dann gar nicht dabei war!) Ja, das kommt vor!

Ich darf heute, Herr Bundesparteivorsitzender, formell beantragen, daß hier eine Kommission eingesetzt wird zum Thema Wahlrecht aus Partei und Bundestagsfraktion, damit nicht die Gesichtspunkte, die von außerhalb hier vorgetragen werden, die für uns lebenswichtig sind, völlig dabei untergehen.

Ich meine, meine Damen und Herren, wenn wir jetzt nicht begreifen, daß Matthäi am Letzten ist, wenn wir jetzt nicht zusammenhalten und einig sind, dann können wir in der Tat unseren Laden zumachen. (*Anhaltende Unruhe und Bewegung.*)

Kiesinger: Vielleicht antworte ich sofort, sonst gerät es leicht in Vergessenheit. Ich weiß nicht, ob ich alle Fragen aufgeschrieben habe. Wenn ich also etwas auslasse, dann holen Sie bitte diese Frage nach.

Koalition auf Zeit! Es ist ganz klar, wir wollen eine Koalition bis zum Jahre 1969 und nicht weiter. Das ist die Absicht.

Notstand! Es ist ganz einwandfrei und ganz klar, die SPD wird mit uns das Notstandsrecht und die Grundgesetzänderungen durchführen. Dazu könnte der Herr Kollege Lücke im einzelnen noch etwas sagen.

Es gibt noch keine Absprache über das Verhältnis der CDU/CSU-Minister und der SPD-Minister. Es kann keine Rede davon sein. Es mag sein, daß die SPD mit dieser Forderung kommt. Bei den ersten Gesprächen über Kabinetts-Anmeldungen hat die SPD zunächst nur vier Persönlichkeiten genannt, von denen sie wünscht, daß sie im Kabinett vertreten seien. Sie war in einem frühen Stadium bemerkenswert zurückhaltend; sie ist inzwischen härter geworden. Ich bin überzeugt, sie wäre, wenn wir heute nacht zusammengekommen wären, wie es vereinbart war, noch härter geworden. Ich mache mir gar nichts vor. Sie wird jetzt ganz kräftig um ihre Positionen kämpfen.

Nun, wir werden es auch tun. Man wird sehen, was dabei herauskommt. Aber ganz klar ist doch, wir haben nicht mehr die kleine Koalition, sondern wir haben die Große Koalition. Und das bringt uns in große Schwierigkeiten. Ich habe es schon in der Fraktion gesagt und wiederhole es auch hier, ich werde mich gegen jede bloße Konzessionsfigur im Kabinett wehren. Entscheidend muß sein, daß der Betreffende die Aufgaben,

44 „Wär's möglich? Könn't ich nicht mehr, wie ich wollte? Nicht mehr zurück, wie mir's beliebt?“ Zeile aus „Wallenstein“ („Wallensteins Tod“/1. Aufzug/4. Auftritt) von Friedrich von Schiller.

die er wahrzunehmen hat, auch wirklich voll meistern kann. Aber ich bin mir klar darüber, daß es im übrigen Probleme gibt, auf die wir sehr sorgfältig achten müssen. Das liegt einfach in der Struktur der CDU/CSU. Ich brauche hier nicht weiter anzudeuten, was ich meine. Es ist das Konfessionelle, das Landsmannschaftliche und auch die CSU. Das wird alles sehr sorgenvoll in den internen Beratungen seit Tagen von uns umgewälzt. Wir werden keine perfekte Lösung in dieser Frage zustande bringen, die jeden befriedigt, aber wird werden unser Bestes tun.

Ich habe deswegen auch gesagt, als mich einige Freunde fragten, ob wir mit einer drastischen Kürzung des Kabinetts anfangen, schön wär's, aber ich würde bei dieser Lage davor warnen, damit zu beginnen. Wenn's dann am Schluß so aussieht, daß es reicht, wollen wir es noch tun.

Jetzt ist nur noch die Frage „Deutschlandpolitik“ offen? (*Kohl*: Ja!) Sehr viel kann ich über das hinaus nicht sagen, was ich bereits dazu erklärt habe. Ich habe in der Frage der innerdeutschen Kontakte so verhandelt, daß ich sagte, auch wir sind an den innerdeutschen Kontakten soweit interessiert, als wir verhindern wollen, daß die beiden Teile des deutschen Volkes in den kommenden Jahren immer weiter auseinandertreiben. Deswegen wollen wir alles tun, was möglich ist, um diesen Prozeß des Auseinanderlebens aufzuhalten.

Diese Absicht könnte durchkreuzt werden durch ein anderes Interesse, das wir wahrzunehmen haben, nämlich durch das Interesse, daß durch die Ausgestaltung dieser Kontakte wir vor der Welt den Eindruck erweckten, als ob wir nur noch pro forma die Nichtanerkennung der Zone aufrechterhielten und in Wahrheit schon resigniert hätten. Das ist ein sehr diffiziles Spiel. Ich habe für uns die Handlungsfreiheit dadurch erhalten, daß ich diese Kompromißformel durchgesetzt habe, die mir in jedem Augenblick gestattet, das Entsprechende zu sagen, wenn es heißt, jetzt sollte man auf dem und dem Gebiet zwischen den und den Leuten Kontakt aufnehmen.

Nun wird gesagt, wie sieht das dann der Welt gegenüber aus. Nun, völkerrechtlich ist es keine Anerkennung, aber wir haben auch gesagt, es darf auch als Faktum in der Weltmeinung nicht so aussehen. Dadurch können wir diese Dinge steuern. Es ist so: Wir werden in den kommenden Jahren immer dringlicher vor das Problem gestellt werden, wenn es uns nicht gelingt, dieses Auseinanderleben zu verhindern.

Ich sage immer, das schlimmste, was uns passieren kann in der Deutschlandfrage, wäre, daß tatsächlich einmal die Bevölkerung hüben und drüben nichts mehr miteinander gemeinsam hätte, daß sich also ein Sonderpatriotismus, ein Sonderverständnis der eigenen nationalen Existenz, ein eigenes Staatsbewußtsein, womöglich sogar ein eigener Staatsenthusiasmus entwickeln könnte. Daß sich da viel geändert hat in den vergangenen Jahren, das wissen wir leider nur allzu gut. Deshalb müssen wir beide Ziele verfolgen, das eine, daß wir nicht dazu beitragen, daß die Zone zum Staat aufgewertet wird, und das andere, daß wir uns nicht zu weit auseinanderleben. Das ist praktische Staatskunst.

Das wichtigste ist, daß wir die Formel in der Hand haben, um uns jederzeit die Freiheit zu bewahren, so oder so, wie der Augenblick oder die besondere Situation es erfordern, zu handeln.

Wenn ich noch etwas hinzufügen darf, so folgendes. Ich bin von einem Mitglied der Verhandlungskommission ein wenig gerügt worden, daß ich die Haltung der SPD und der FDP in der Deutschlandfrage vielleicht ein wenig ungerecht oder nicht ganz richtig interpretiere. Aber ich hatte den Eindruck – auch aus Privatgesprächen –, daß bei einigen Leuten der FDP in dieser Frage eine Art von gesamtdeutscher Romantik in den Köpfen steckte, die die Dinge etwa so sehen: Man braucht sich nur einmal mit den Brüdern von drüben zusammzusetzen usw. usf. In den Formulierungen unmittelbar kam das zwar nicht zum Ausdruck, aber thematisch war es doch nach meiner Meinung zu spüren.

Bei der SPD gibt es wahrscheinlich auch Differenzierungen zwischen einer bestimmten Gruppe in Berlin und einer Auffassung, wie sie Wehner vertritt. Bei Wehner ist ein ganz harter Realismus vorhanden. Er betrachtet diese Dinge als ein Mittel, um zu konfrontieren, um herauszukommen aus dieser bloßen passiven Rolle, daß wir immer das Objekt der Politik der anderen sind, eine Konfrontierung, die entweder Terrain gewinnt oder aber die anderen zu Verweigerungen zwingt, die sie nur schwer ihrer Bevölkerung gegenüber vertreten können. Dieser Unterschied ist sicherlich dagewesen. Ich stelle ihn nur dar, damit das Bild vollständig ist.

Barzel: Das Wort hat Herr von Heydebreck.

Von Heydebreck: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich muß noch eine Frage stellen, Herr Barzel, wegen des Wahlrechts. Sie sagten auf die Frage, wann wird das Übergangswahlrecht in Angriff genommen werden: nach der Wahl in Niedersachsen. (*Barzel:* Das habe ich nicht gesagt, sondern Kollege Lücke! – *Lücke:* Das ist eine Vereinbarung mit der Opposition.) Soll das bedeuten, daß vorher in der Öffentlichkeit nicht darüber gesprochen werden soll? (*Lebhafte Unruhe.*) Wir befinden uns in Schleswig-Holstein in der gleichen Koalition mit den Freien Demokraten wie Rheinland-Pfalz. Unser Koalitionspartner, der das in den Zeitungen liest, wird uns fragen: Wie steht ihr bei der CDU in Schleswig-Holstein zu der Frage der Wahlrechtsreform? Und je nachdem werden sie sich im Wahlkampf im Frühjahr 1967 verhalten.

Wenn wir nicht sicher sind, daß wir bei der FDP einen Bundesgenossen finden, der die Wahlrechtsreform mitmacht oder nicht, dann wird es uns natürlich schlecht ergehen. Deshalb möchte ich mich hier dem Vorschlag von Herrn Kohl anschließen, daß man über diese Frage, ehe man endgültig damit an die Öffentlichkeit geht, in einer Kommission verhandelt, an der auch die Länder beteiligt sind, die sich zur Zeit in einer Koalition mit der FDP befinden und diese nach dem gegenwärtigen Stand auch gerne fortsetzen wollen, wenn man nicht zu einer anderen Lösung gezwungen wird.

Erhard: Das Wort hat Herr Dufhues.

Dufhues: Meine Damen und Herren! Ein kurzes Wort noch zur Situation in Nordrhein-Westfalen! Die nordrhein-westfälische Koalition stand vom ersten Tag an auf sehr schwachen Füßen. Das lag nicht nur an den Mehrheitsverhältnissen 101:99, nicht

nur daran, daß sich z. B. bei der Wahl des CDU-Ministerpräsidenten Dr. Meyers eine Stimme – ob aus der CDU oder aus der FDP – versagte, sondern es lag auch an den sehr unterschiedlichen Auffassungen, die innerhalb der einzelnen Fraktionen dieses Landtags in wichtigen Fragen, insbesondere in der Kulturpolitik, vertreten wurden.

Die einzige und entscheidende Basis für diese Koalition, für die ich mich eingesetzt habe gegen den klaren Willen der Mehrheit der CDU in wichtigen Gebieten Westfalens, war der Wunsch und der Wille beider Fraktionen, die Bundesregierung zu stützen. Sie wissen, daß die Zurückziehung der FDP-Minister entscheidend in Düsseldorf durch die Herren Weyer, Zoglmann, Scheel⁴⁵, Genscher, Rubin⁴⁶ und andere betrieben worden ist. Damit hat die FDP die Koalition in Düsseldorf zerstört. Die entscheidende Aufgabe, die uns zusammenhielt, war seitdem nicht mehr zu erfüllen. Ich habe ein übriges getan und wenige Tage nach der Zurückziehung der FDP-Minister aus der Bundesregierung mit Herrn Weyer – dem einflußreichsten Mann der FDP in Nordrhein-Westfalen – gesprochen. Ich habe ihm sehr klar die Frage gestellt, ob die FDP bereit sei, diese Koalition wiederherzustellen und sie in Düsseldorf zu erhalten. Ich bin so weit gegangen, daß ich ihm nüchtern gesagt habe: Sie müssen damit rechnen, daß, wenn eine Große Koalition zustande kommt, insbesondere im Bund, dann ein Wahlrecht geschaffen werden wird, das Ihnen zumindest keine Freude bereiten wird. – Er erklärte mir: Wir haben kein Vertrauen zur Führung der CDU. Wir möchten uns nicht einer politischen Gesamtführung anvertrauen, in der wir uns nicht behaupten können. Wir würden, so meinte er damals, die Opposition vorziehen; das scheint der Wille der Mehrheit zu sein. Also, es gab nicht das geringste Anzeichen einer Bereitschaft, die Koalition im Bund zu erneuern oder die Koalition in Nordrhein-Westfalen auf die Dauer zu festigen. Die Gründe habe ich Ihnen dargelegt.

Ich lege Wert darauf, das klarzustellen, damit irgendwelchen Meinungsbildungen vorgebeugt wird, die vielleicht die Motive, die insbesondere mich in den Verhandlungen bewegt haben, verfälschen könnten.

Nun zu der Situation hier im Bund, meine verehrten Freunde! Wenn ich an die Bundestagswahl 1969 denke – und wir sollten darüber nachdenken, wie wir diese Wahl betreiben können –, dann ist sicherlich das Ergebnis dieser Wahl entscheidend abhängig von dem Erfolg der Bundesregierung, die – so nehmen wir an – von Herrn Kiesinger gebildet und geleitet werden wird. Dann ist der Erfolg dieser Wahl sicherlich abhängig von dem Wirken der Persönlichkeiten, die insbesondere durch die CDU/CSU in dieses

45 Walter Scheel (geb. 1919), Bankkaufmann; 1950–1953 MdL Nordrhein-Westfalen (FDP), 1953–1974 MdB, 1955–1957 Mitglied der Gemeinsamen Versammlung der EGKS, 1958–1961 MdEP, 1961–1966 Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, 1968–1974 FDP-Vorsitzender, 1969–1974 Bundesminister des Auswärtigen, 1974–1979 Bundespräsident. Memoiren: Erinnerungen und Einsichten. Stuttgart/Leipzig 2004; vgl. KEMPF/MERZ S. 578–582.

46 Hans Wolfgang Rubin (1912–1986), Kaufmann; 1950–1956 Landesschatzmeister der FDP Nordrhein-Westfalen, 1952–1974 Bundesschatzmeister, 1952–1978 Vorstandsmitglied der Eisen und Metall AG Gelsenkirchen, 1970–1982 Vorstandsvorsitzender der Friedrich-Naumann-Stiftung.

Kabinett entsandt werden. Aber wir werden auch im Jahre 1969 die Wahlen nur gewinnen können, wenn wir unsere Wählerschaft vor eine klare Alternative – Sozialdemokraten oder Christliche Demokraten – stellen; Sozialisten oder Nichtsozialisten! Nur das schafft jenen mehrheitsbildenden Trend, von dem das Ergebnis der Wahl abhängig ist, der uns die Chance gibt, uns in einer ganz klaren Auseinandersetzung der beiden großen Gruppen innerhalb unseres Landes zu behaupten.

Ich möchte dazu einige Bemerkungen machen im Hinblick auf die Aufgaben sowohl wie auf das Wahlrecht, insbesondere das Übergangswahlrecht. Wenn ich die Fülle der Aufgaben sehe, von denen Herr Kiesinger gesprochen hat, wenn ich insbesondere denke an die wichtigen staatspolitischen Reformmaßnahmen, die – so hat er mit Recht betont – nur mit verfassungsändernder Mehrheit durchgeführt und realisiert werden können, dann habe ich die große Besorgnis, daß dieses Programm nicht innerhalb der laufenden Legislaturperiode verwirklicht werden kann. Es steht zur Erfüllung und Durchführung dieser Aufgaben praktisch zur Verfügung, wenn Sie die Anlaufzeit und die Zeit der Vorbereitung der Bundestagswahl ins Auge fassen, eine Zeit von etwa 1½ Jahren. Es muß schon sehr glaubwürdig vor der deutschen Öffentlichkeit der Aufgabenkatalog der neuen Bundesregierung in Angriff genommen und sehr schnell realisiert werden, wenn unsere These und die Notwendigkeit erhärtet werden sollen, daß wir die Bevölkerung bereits im Jahre 1969 vor eine klare Alternative stellen können und wollen. Das ist einmal gegeben aufgrund des Aufgabenkatalogs, der hier diskutiert worden ist.

Ein Zweites! Lieber Herr Lücke, es ist uns nicht für das Jahr 1969 mit einem Übergangswahlrecht gedient, das die auf die Splitterparteien, insbesondere der rechten, entfallenden Stimmen parlamentarisch unwirksam macht. Es ist uns nicht damit gedient, daß ein großer Teil der abgegebenen Stimmen, soweit sie für diese Gruppe abgegeben werden, gegenstandslos ist; denn das würde im Ergebnis zur Folge haben, daß mögliche Wählerschichten aus diesem Kreis nicht für uns gewonnen werden. Da die Zersplitterung auf der Linken sehr viel geringer ist, könnte das zur Folge haben, daß die nächste Wahl 1969 zu einem großen Erfolg der Sozialdemokratie führen würde.

Deshalb bitte ich, bei allen Überlegungen zum Wahlrecht, auch bei allen Überlegungen, wie die Bevölkerung auf den Wandel der Dinge aufmerksam gemacht werden soll, zu berücksichtigen, daß hier klare Entscheidungen zwischen zwei Gruppen getroffen werden müssen. Ich möchte Sie bitten, an diesen Effekt zu denken. Es nützt uns nichts, daß Stimmen auf kleine Splittergruppen abgegeben werden, die nachher parlamentarisch nicht zum Zuge kommen.

Entscheidend ist, daß der Trend zur Entscheidung zwischen den beiden großen Gruppen durch alle Maßnahmen, sowohl durch die politischen wie auch durch die wahltechnischen, gestärkt wird. Sonst würde das eine Spekulation sein, die nicht aufgeht.

Nun zum Wahlrecht selbst! Seit ihrer Gründung hat sich die CDU für das relative Mehrheitswahlrecht ausgesprochen in vielen Beschlüssen. Darin kam die Erfahrung zum Ausdruck, die die kontinental-europäischen Demokratien gemacht haben, im Gegensatz zu den Erfahrungen, die die Demokratien in England und in den Vereinigten

Staaten gesammelt haben. Ich will alle diese Gesichtspunkte nicht wiederholen, die wir heute diskutiert haben. Wir werden naturgemäß diese Frage sehr sorgfältig prüfen müssen. Aber ob uns, meine verehrten Freunde, gedient ist mit der These Wehners, der ein reines relatives Mehrheitswahlrecht verlangt, ob wir nicht die besondere Struktur in unserem Lande stärker berücksichtigen müssen, die auch durch solche Gebiete wie das Ruhrgebiet, Hamburg und Berlin gekennzeichnet ist, das scheint mir sehr die Frage zu sein.

Alles das, was wir zu dieser Frage auch in der Kommission besprochen haben, Herr Lücke, scheint mir ein wenig in den Hintergrund zu rücken. Ich bitte also sehr darum, die besonderen soziologischen, konfessionellen und anderen Strukturen unseres Gebietes zu berücksichtigen, wenn wir an die Ausarbeitung eines Wahlrechts herangehen, daß es solchen Gesichtspunkten Rechnung trägt. Mir liegt sehr daran, gerade weil ich ein Freund dieses Wahlrechts bin und weil ich es für notwendig halte, um unserer Demokratie jene Stabilität zu geben, die notwendig ist, wenn wir uns auf Jahre und Jahrzehnte hinaus behaupten wollen. Deshalb lege ich Wert darauf, auch die negativen und kritischen Fragen dieses Wahlrechts zu beleuchten, damit wir nicht eines Tages gegenüber einem formvollendeten reinen relativen Mehrheitswahlrecht zu Ergebnissen kommen, die uns den Einfluß auf das politische Geschehen in Deutschland nehmen. (*Beifall.*)

Erhard: Das Wort hat Herr Kollege Fay.

Fay: Die CDU in Hessen stand hier in Bonn jahrelang in dem Verdacht, ein Freund der Großen Koalition zu sein. Wir haben aber unsere schweren Bedenken gegenüber der Bildung einer Großen Koalition. Nun stehen wir vor der Frage: entweder Opposition oder Große Koalition. Für die Große Koalition spräche, daß wir auf lange Sicht zu geordneten und beruhigten Verhältnissen kämen. Hier ist das Wahlrecht von großer Bedeutung. Man soll nicht sagen, daß das Wahlrecht allein konsolidierte Verhältnisse herbeiführt; denn sogar ein Proporzwahlrecht hat der CDU zweimal die absolute Mehrheit gebracht, nur hat die CDU die Zeit von 1957 bis 1961 nicht in der rechten Weise genutzt. Darin liegt auch die wahre Ursache unserer inneren Parteikrise.

Nun spricht allerdings vieles dafür – da wir nicht alle Engel sind und es nicht immer gut machen –, daß wir mit formellen Gründen helfen sollen, geordnete Verhältnisse herbeizuführen. Das Mehrheitswahlrecht kann einem dabei helfen. Ich sage: kann! In England gibt es trotz Mehrheitswahlrecht eine liberale Partei. Die könnte und würde es wahrscheinlich auch in Deutschland geben. Es kommen hinzu die Schwierigkeiten, die hier schon erwähnt worden sind, daß es nämlich Gebiete gibt, die unter Umständen ganz ausfallen oder nur wenig vertreten sind, andere Gebiete stärker, und daß das Bild im Deutschen Bundestag eben nicht mehr ein gutes Spiegelbild der politischen Kräfte ist. Mir scheint die Korrektur, die hier angesprochen worden ist, es bei unseren jetzigen Wahlrecht zu belassen und lediglich das Wörtchen „oder“ durch „und“ zu ersetzen und vielleicht von drei auf fünf Mandate hinaufzugehen, die einzige Lösung zu sein, die uns helfen kann.

Nun macht mich eines hier stutzig. In der deutschen Presse steht klipp und klar, daß Herr Wehner erklärt hat: Wahlrechtsänderung ja, aber erst wirksam 1973. – Was verfolgt er damit? Er will erreichen, daß die CDU, die durch die Große Koalition dadurch belastet ist, daß in der Bevölkerung die Alternativstellung nicht klar herausgestellt wird, in eine Verhältniswahl hineingeht mit all den Schwierigkeiten, und daß aus dieser Wahl 1969 die SPD als stärkere Partei hervorgeht. Deswegen ist es so wichtig, daß diese Übergangslösung geschaffen wird. Die Übergangslösung ist im Grunde genommen viel wichtiger als eine Wahlrechtslösung, die erst ab 1973 kommen wird.

Deswegen bitte ich Sie herzlich, das Willensdokument des zukünftigen Koalitionspartners so klar abzufassen, wie es irgend nur möglich ist. Das ist nämlich die Voraussetzung dafür, daß wir uns überhaupt zu dem schweren Entschluß der Großen Koalition durchringen könnten. Unter Umständen wäre, wenn das nicht eintritt, die Oppositionsstellung für die CDU das wesentlich Bessere. Deshalb nochmals meine herzliche Bitte, in dem Willensdokument zur Koalition eine klare Übergangsregelung zu schaffen. Ich glaube, dann sind die Probleme, die durch das relative Mehrheitswahlrecht aufgeworfen werden, auch gelöst, wenn wir nämlich diese kleine redaktionelle Änderung hier vornehmen.

Erhard: Das Wort hat Herr Even.

Even: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich habe den Eindruck, daß die Entscheidung über die eigentlichen Grundsatzfragen, ob wir ein Ja sagen sollen zur Großen Koalition, im Grunde genommen gefallen ist, und daß man dazu nicht mehr viel zu sagen braucht.

Dagegen ist in den Mittelpunkt der Erörterungen das Problem des Wahlrechts gerückt. Es sind hierzu eine Reihe von Bedenken vorgetragen worden, die ihr Gewicht haben. Deswegen möchte ich aus meiner Sicht auch dazu Stellung nehmen mit der Tendenz, das, was Herr Ministerpräsident Kiesinger und Herr Lücke gesagt haben, mit Nachdruck zu unterstützen. Ich bin aus folgendem Grunde der Auffassung, daß wir zu einem relativen Mehrheitswahlrecht und nicht zu einem absoluten Mehrheitswahlrecht oder zu einem Mischsystem kommen müssen, das weder das eine noch das andere ist, weil die zweite deutsche Republik auf die Dauer als parlamentarische Demokratie nur Bestand haben wird, wenn wir zur Einführung des relativen Mehrheitswahlrechts kommen werden und damit zur Konzentration der politischen Kräfte auf zwei große Parteien in unserem Lande und damit zugleich zu einer Befreiung dieser beiden großen Parteien von einer Zahl schwankender Splittergruppen, die sich als Zünglein an der Waage betätigen und im Grunde genommen eine völlige Verzerrung des Wählerwillens herbeiführen. (*Starke Unruhe und Bewegung.*) Ich bin der Meinung, daß gerade die junge deutsche Generation auf die Dauer nur innerlich überzeugt sein wird von der Richtigkeit unserer parlamentarischen Demokratie, wenn sie klare Mehrheitsverhältnisse mit der Folge einer starken Führung in diesem Lande erlebt. Ich bin der Auffassung, daß gerade das gegenwärtige Wahlrecht dazu führen wird, daß die Verwirrung gefährlich groß wird. Ich meine, es sei nicht unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, daß nun gewisse Splitterparteien mit aller Gewalt am Leben bleiben.

Die Große Koalition ist nach meiner Auffassung, einmal parteipolitisch gesehen, nur dann gegenüber den Bedenken unserer Wählerschichten überzeugend darzustellen, wenn wir sie kennzeichnen als eine Übergangslösung mit dem Ziel, einen Umbruch in unserem Volke herbeizuführen, nämlich zu klaren Alternativen nach dieser Übergangsepoche zu kommen, sonst werden wir zweifellos Gefahr laufen, Wählerschichten vor den Kopf zu stoßen, die dann nach rechts oder links abwandern.

Es kann gar nicht in Zweifel gezogen werden, daß sowohl für uns als auch für die SPD naturgemäß Risiken mit diesem Schritt verbunden sind. Es ist bereits darauf hingewiesen worden, daß das Problem bei der CDU vor allem die Großstädte sind, bestimmte Regionen, vielleicht sogar ganze Länder; daß ferner ein konfessionelles Problem entstehen kann, und daß auch soziologische Folgerungen gezogen werden müssen. Ich bin jedoch der Auffassung, daß auch bei einem relativen Mehrheitswahlrecht diesen berechtigten Bedenken Rechnung getragen werden kann.

Es hat schon einmal eine Kommission des Bundesvorstands getagt im Anschluß an die Plänkeleien, die wir 1962 in diesem Punkt mit der FDP gehabt haben.⁴⁷ Ich hatte die Ehre, diesem Gremium anzugehören. Es sind eine Reihe von Modellen entwickelt worden. Der Katalog ist aber keineswegs erschöpft. Wenn ich Herrn Wehner richtig verstehe, dann will er nicht die Manipulierung etwa in der Art des Grabensystems⁴⁸, wie das einmal zur Debatte gestanden hat. Es gibt aber auch die Möglichkeit, die sich aus folgender Situation ergibt: Die Einführung des relativen Mehrheitswahlrechts hätte zur Folge, daß die Zahl der Wahlkreise verdoppelt würde. Das wiederum hat zur Folge, daß man bei der Aufstellung der Kandidaten in diesen neu geschaffenen 50% von Wahlkreisen die Landesvorstände und den Bundesvorstand viel stärker einschalten kann, als das bisher der Fall ist, also weit über ein Vetorecht hinaus, das überstimmt werden kann, so daß dadurch der Ausgleich nicht nur innerhalb der Länder, sondern auch im Bundesgebiet gefunden werden kann, um den Bedenken Rechnung zu tragen, die hier zum Ausdruck gekommen sind.

Mir scheint eine Übergangslösung erforderlich zu sein aus mehreren Gründen. Einige sind bereits genannt worden. Ich will diese auch nicht näher erläutern. Es ist möglich, obwohl ich es nicht für wahrscheinlich halte, daß die eine oder andere Partei in der Tat vielleicht durch Bündnisse in drei oder fünf Wahlkreisen zum Zuge käme. Ich würde das aber hinnehmen, wenn dafür 1973 endgültig klar wäre, daß solche Splittergruppen keine Aussicht auf Erfolg haben. Es wäre dann unsere Aufgabe, das dem Volke deutlich zu machen. Es würde dann sicherlich der gleiche Schrumpfungsprozeß dort einsetzen, wie das in den angelsächsischen Ländern der Fall ist.

Nach meiner Meinung darf das nicht geheim bleiben. Wir könnten es auch gar nicht mehr geheimhalten. Es gibt ja schon eine öffentliche Diskussion. Ich gehe noch einen Schritt weiter. Nach meiner Meinung müßte dieses Ziel der Einführung des relativen Mehrheitswahlrechts nach einem Übergangsrecht 1969 in die Regierungserklärung hin-

47 Vgl. PROTOKOLLE 4 S. 366–401.

48 Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 753–768.

ein. Es müßte in der Regierungserklärung ganz klargestellt werden, was damit beabsichtigt ist und was nicht. Ich bin der Meinung, daß wir natürlich in einer so wesentlichen Frage der demokratischen Willensbildung eine Kommission einsetzen müssen, (*Starke Unruhe.*) die sehr sorgfältig und ohne Zeitdruck unter Hinzuziehung nicht nur von Persönlichkeiten des Bundesvorstands und der Fraktion, sondern auch von Wahlrechtsexperten, Wissenschaftlern, Analytikern, Soziologen usw. die Ergebnisse der letzten Wahlen mit verwertet. (*Lemmer: Politologen! – Heiterkeit.*) Ich weiß, daß es hierbei einen Verzerrungseffekt gibt, der berücksichtigt werden muß. Das hat auch Auswirkungen auf den Zuschnitt der Wahlkreise. Wir dürfen uns hier auf keinen Fall überfahren lassen. Eine solche Kommission sollte deshalb möglichst bald gewählt werden und ihre Arbeit aufnehmen, damit wir ohne Zeitdruck zu einem Wahlrecht kommen, das sowohl den staatspolitischen Notwendigkeiten wie auch dem legitimen Interesse unserer Partei entspricht. (*Beifall.*)

Erhard: Das Wort hat Herr Kollege Hellwig.

Hellwig: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Fürchten Sie nicht ein weiteres Kolleg zu der Frage des Wahlrechts. (*Lebhafte Beifall.*) Nur eine Warnung! Die Wahlrechtsreform darf nicht in den Geruch kommen, eine Manipulation im Wahlrecht zu sein, um Mißerfolge der Politik in den nächsten drei Jahren zu kaschieren. Mit einer guten Politik und mit der Durchsetzung politischer Ziele werden Sie die Masse der deutschen Wähler auch bei einem anderen Wahlrecht für sich bekommen.

Zur Koalition! Ich bitte, es mir nicht übel zu nehmen, wenn ich unserem Freund Kiesinger sage, vergessen Sie nie das Wort eines Kenners dieser Materie: Die Koalition ist die raffinierteste Form der Bekämpfung des parteipolitischen Gegners. Mit dieser Einstellung wird der Koalitionspartner in die Koalition hineingehen. (*Kiesinger: Ich habe ja auch eine gewisse Regierungserfahrung!*) Damit komme ich zu eigentlich den Fragen, die ich stellen muß, nämlich: Was ist die Koalitionsabsprache wert?

1. Wird die von der SPD gestellte Mehrheit im Bundesrat mitziehen? Das ist die entscheidende Frage, wenn Sie an das Grundgesetz mit gewissen Änderungen herangehen wollen, wenn Sie die Finanzverfassung und die Wahlrechtsänderung machen wollen. Sie müssen das verpflichtende Wort nicht nur der SPD-Bundestagsfraktion, sondern auch der SPD als Partei haben, daß sie auch auf der Landesebene und im Bundesrat mitzieht.

2. Was für eine Position wird die SPD gegenüber den Gewerkschaften haben? Wir haben gehört, daß von einer Disziplin der Tarifpartner gesprochen wird.

Das Notstandsrecht! Was wird die SPD auf diesen beiden entscheidenden Punkten in ihrer eigenen Hausmacht durchsetzen können? Jedenfalls darf sie hier nicht ein Alibi, ein Schlupfloch sich offenhalten, daß sie sagt, wir haben ja auf dieser Ebene des Bundestags den guten Willen, aber sonst nicht.

Das sind nach meiner Meinung die beiden entscheidenden Fragen, die beantwortet werden müssen, um zu wissen, was die Koalitionsabsprache wert ist.

Zum Proporz! Schon in der Art der personellen Aufteilung wird man sehen, ob das Wort, daß wir keinen Proporz wollen, auch wirklich honoriert wird. Das hängt aufs eng-

ste zusammen mit einer gewissen Kontinuität, die wir durch die Mitwirkung unserer eigenen politischen Freunde in gewissen Schlüsselaufgaben erwarten und auch sichern müssen. Ich stelle diese Frage aus der Sicht von draußen. Denn das ist die entscheidende Frage, die gestern in jedem Gespräch in Straßburg von den Engländern, den Franzosen und anderen Partnern gestellt wurde: Wird es ein Bruch in der deutschen Politik sein, oder wird die Kontinuität der Engagements mit der freien Welt auf der europäischen Ebene weiterbestehen? Deswegen warne ich vor dem Wort „Umbruch“, das vorhin gefallen ist. Es war auch sicherlich nicht so gemeint, aber es darf nicht einen Zweifel in die Kontinuität der großen Linie der deutschen Politik geben. Das wird sicherlich auch mit der personellen Entscheidung, die in Ihrer Hand liegt, zusammenhängen.

Erhard: Das Wort hat Herr Noltenius.

Noltenius: Wer immer für eine Große Koalition war, dem wird es nicht schwerfallen, dieser Lösung zuzustimmen. Ich habe die Hoffnungen, die auf eine solche Regierung gesetzt wurden, immer für eine Illusion gehalten. Ich will das hier nicht wiederholen; denn die Ereignisse sind darüber hinweggegangen. Ich habe wohl begriffen, daß wir in einer Lage sind, in der uns gar nichts anderes übrigbleibt, wenn wir dem Lande wieder eine handlungsfähige Regierung geben wollen. Über die Politik, die uns in wenigen Jahren dahin gebracht hat, daß uns nichts anderes übrigbleibt, als uns dem jahrelangen Gegner zu übergeben, würde ich kein Wort verlieren. (*Kiesinger:* Nicht zu übergeben!) Ich will keinen Vergleich bringen, wie ich das neulich getan habe, denn damit ärgere ich nur andere Leute. Aber die Zuversicht, daß es mit dieser Koalition gelingen könnte, dieses Bündel schwieriger Probleme zu lösen, teile ich nicht. Ich habe nicht das Vertrauen zu diesen beiden ungleichen Partnern, daß sie das lösen werden. Sie müßten sich ja grundlegend ändern, alle beide. Bisher hatten diese beiden Fraktionen, soweit ich das übersehen kann, nur das eine gemeinsam: In der Produktion von Ausgaben waren sie sich weitgehend einig.

Ob sie nun von dieser Gewohnheit Abstand nehmen werden, wenn sie nun zusammen regieren wollen, das wird die große Probe aufs Exempel sein. Die Widerstände innerhalb der Sozialdemokratischen Fraktion und aus dem Lande werden nicht damit zu Ende sein, daß es einer energischen Parteiführung gelingt, durch Mehrheitsbeschlüsse das durchzusetzen, was sie will, sondern sie werden bleiben und jedesmal wieder hochkommen, wenn diese wichtigen Vorlagen zur Entscheidung stehen, für die ja in beiden Fraktionen und schließlich im Bundestag eine Mehrheit, womöglich eine Zweidrittelmehrheit, gefunden werden muß.

Deswegen stehe ich dieser Lösung, wenn ich sie auch als unvermeidlich hinnehmen muß, nach wie vor ablehnend gegenüber.

Ich habe in den vergangenen Jahren hier in diesem Raum manchen Beschlüssen zugestimmt, die ich im Grunde nicht für richtig hielt. Ich werde das heute nicht tun, damit Sie wissen, mit welchen Vorbehalten und mit welcher Kritik ich diesem Versuch gegenüberstehe. Es wird sich zeigen, was daraus gemacht wird. Die Aufgabe ist denkbar ungewiß.

Über das Mehrheitswahlrecht will ich nichts sagen. Ich teile die Bedenken, die hier zum Ausdruck gekommen sind. Ich halte es für eine höchst fragwürdige Sache, politische Entscheidungen dadurch beeinflussen zu wollen, daß man das Wahlrecht manipuliert. Das kann dazu führen, daß wir ab 1969 oder ab 1973 eine sichere sozialistische Mehrheit in der Bundesrepublik haben.

Erhard: Das Wort hat Herr Lemmer.

Lemmer: Dieses Land braucht bald eine neue Regierung. Wir haben gehört, die FDP ist weder koalitionswillig noch koalitionsfähig. Das ist der Tatbestand. Darum sind alle Emotionen überflüssig. Wir gehen in diesen einzigen Versuch als die Partei, die diesen Staat 17 Jahre lang getragen hat. Wir haben also die Pflicht, diesen risikvollen Versuch – risikvoll nicht nur für den Staat nach dem Grundgesetz, risikvoll auch für unsere Partei – zu machen.

Lieber Freund Noltenius! Wir sollten nun nicht mit soviel Vorbehalten kommen. Damit nehmen Sie doch den Männern, die diesen schweren Versuch zu unternehmen haben, von vornherein den Elan, das zu tun, was nun getan werden muß.

Die SPD befindet sich in einer Krise. Das haben viele von uns noch gar nicht bemerkt, und zwar in einer Krise, die sich äußert in Tumulten auf den Straßen und Plätzen der großen Städte der Bundesrepublik einschließlich West-Berlin. Die SPD befindet sich etwa – wenn ich es historisch darstellen darf – in einer ähnlichen Situation wie 1916/17. Sie steht vor der Gefahr einer Spaltung. Wir stehen zur Zeit – und hoffentlich nie – nicht in dieser Gefahr. Die Spannungsgeladenheiten bei der SPD sind viel größer als bei uns. (*Zurufe:* Aber Disziplin!) Nein, die Disziplin ist eben gebrochen. Das ist das Phänomen, daß in dieser traditionell disziplinierten Partei diese Disziplin nicht mehr hält, sondern sich offener Aufruhr in der Bewegung der Sozialdemokraten zeigt.

Noch eine Bemerkung liegt mir am Herzen. Meine Freunde! Ich habe volles Vertrauen zu unserem Freund Kiesinger, aber er soll wissen, wie ernst ich die Dinge nehme. Wir haben gehört von der Politik in den europäischen Ländern. In der „Süddeutschen Zeitung“⁴⁹ von heute steht eine Erklärung des ungarischen Ministerpräsidenten Kadar⁵⁰, die völlig – von Bukarest abgesehen – charakteristisch ist für alle von Moskau beherrschten Länder. Darin steht nach einer Anpöbelung der Bundesrepublik wörtlich, daß Bonn die als Ergebnis des Zweiten Weltkrieges entstandenen nationalen Grenzen sowie die Existenz zweier deutscher Staaten anerkennen muß.

Ich glaube, hier darf kein Zweifel aufkommen. Zwei deutsche Staaten gibt es nicht. Auch die osteuropäische Politik kann romantisch sein. Wir werden von unseren westlichen Freunden animiert, hier Initiativen zu zeigen und Aktivität zu haben. Eine Resonanz haben wir – von Bukarest abgesehen – bis jetzt nicht gefunden. Infolgedessen soll in der Regierungsarbeit ganz klargestellt werden – von Personen haben wir nicht ge-

⁴⁹ Kadar äußerte sich zur Eröffnung des KP-Kongresses in Budapest, vgl. die dpa-Meldung auch in der „Welt“ vom 29. November 1966 „Kadar: Mißtrauen gegenüber Bonn“.

⁵⁰ János Kádár (1912–1989), ungarischer Politiker; 1948–1951 Innenminister, 1956–1988 Erster Sekretär bzw. Generalsekretär (1985) des ZK der KP, 1956–1958 und 1961–1965 zugleich Ministerpräsident.

sprochen –, daß die Gefahr besteht, daß sowohl die Außenpolitik als auch die gesamtdeutsche Politik nicht von Männern unserer Couleur bestimmt werden wird. Das haben wir doch wohl den Zeitungen entnehmen können. Und gerade, weil weder die Außenpolitik noch die gesamtdeutsche Politik in unserer Hand liegt, beruhigt mich nur, daß nach dem Grundgesetz der Bundeskanzler die Richtlinien der Politik bestimmt. Hätten wir diese Bestimmung nicht, ich wäre auf das tiefste beunruhigt. Und hätte ich zu unserem Freund Kiesinger nicht das volle Vertrauen, daß er nach diesem Grundgesetz die Regierungsführung darstellen wird, dann müßten wir sehr beunruhigt sein.

Die letzte Bemerkung zu dem, was die innerdeutsche Situation betrifft! Die kommunistische Propaganda und Aggression hat einen Höhepunkt erreicht, wie er noch nicht da gewesen ist seit unserer 21jährigen Auseinandersetzung mit diesem unvermindert arg bösen Feind. Hier handelt es sich nicht um einen Gegner, sondern um einen Feind. Seine Aggressivität nimmt Formen an, daß ich sicher bin, daß bereits auf weiten Flügeln der SPD dieser arg böse Feind wühlt. Und wenn die Söhne des Herrn Brandt gestern mitdemonstrierten gegen diese Koalitionsbildung,⁵¹ die von der kommunistischen Propaganda bis aufs Messer bekämpft wird, dann sollten wir uns auch hier klarmachen, daß wir aufpassen haben auf die kleineren und die mittleren Schritte.

Herr Mende war schlimmer als jeder SPD-Mann auf diesem Gebiet der gesamtdeutschen Politik.⁵² Es ist mit Recht hier gesagt worden, hier beginnt die große Bewährungsprobe für diesen unvermeidlichen Schritt, den wir in großer Kameradschaft und mit großem Vertrauen unternehmen sollen im Wissen um die Gefahr für die wesentlichen Aufgaben unserer nationalen Politik. (*Beifall.*)

Barzel: Meine Damen und Herren! Ich habe noch zwei Wortmeldungen. Herr Kollege Kiesinger ist nicht nur verhindert wegen eines Gesprächs, das mit den Sozialdemokraten über Mittag vorgesehen war, sondern auch wegen einer Bitte des Bundespräsidenten, ihn zu besuchen. – Das Wort hat Herr Fricke.

Fricke: Mein lieber Ernst Lemmer! Du warst ja schon, als wir im Bungalow des Bundeskanzlers zusammensaßen, für die Große Koalition.⁵³ Dein Neffe⁵⁴ war dagegen, und das Tischtuch war zerschnitten. Ich äußerte Bedenken. Als sich dann unsere Freunde Glup und Amrehn äußerten, habe ich präzise Fragen gestellt und gesagt, Herr Glup, sind Sie sich darüber klar, daß Sie Schmücker opfern müssen und daß Schiller kommt? – Und, Herr Amrehn, sind Sie sich darüber klar, daß Herr von Hassel geht und die

51 In Berlin hatten die „Falken“ zu einer Demonstration aufgerufen unter Beteiligung von Peter und Lars Brandt, vgl. „General-Anzeiger“ vom 29. November 1966 „Demonstration gegen Große Koalition“. – Prof. Dr. Peter Brandt (geb. 1948), Historiker; Hochschulassistent an der TU Berlin, seit 1990 Professor für Neuere Deutsche und Europäische Geschichte an der Fern-Universität Hagen. – Lars Brandt (geb. 1951), Maler.

52 Der sog. Mende-Plan vom 1. März 1956 sah implizit eine Wiedervereinigung Deutschlands in Neutralität vor, die explizit aber abgelehnt wurde, vgl. Erich MENDE: Die neue Freiheit. 1945–1961. München/Berlin 1984 S. 370 f.

53 Treffen der Vorsitzenden der CDU-Landesverbände am 7. November 1966 im Wohnhaus Erhards. Vgl. ACDP 01–554–001/2.

54 Gerd Lemmer.

Schmidt-Schnauze kommt? – Als mich Franke⁵⁵, der Vorsitzende der SPD in Hannover, beim Mittagessen fragte, was sagen Sie denn, wenn es nun doch zu einer kleinen Koalition kommt, da habe ich geantwortet, lieber Franke, daß wäre zu schön, um wahr zu sein. (*Lebhafte Unruhe.*) Nun bin ich sehr beruhigt, lieber Herr Kiesinger, daß Sie uns heute so präzise unterrichtet haben, wie Sie sich redlich bis zuletzt bemüht haben, mit der FDP klarzukommen und wie es dann plötzlich an deren bornierter Haltung gescheitert ist. Ich bin beruhigt, von unseren Freunden aus Nordrhein-Westfalen gehört zu haben, daß Rubin und andere sich da rückzuversichern suchten.

Nun muß ich noch einmal kurz auf die Zeitungsmeldung zurückkommen. Lieber Herr Kiesinger, Sie haben meinen Brief bekommen, den ich Ihnen auf Beschluß des Zentralvorstands geschrieben habe.⁵⁶ Bedenken Sie bitte, Schleswig-Holstein und Niedersachsen wählen im kommenden Frühjahr, und beide Länder sind wichtig für uns. (*Kohl:* Rheinland-Pfalz auch!) Ich habe Ihnen ein Fernschreiben geschickt. Ich habe es auch Herrn Strauß mit dem gleichen Inhalt geschickt, ich bäte, darauf Rücksicht zu nehmen.

Nun ändern sich so schrecklich viele Dinge, wenn annähernd auch das stimmt, was in den Zeitungen steht, nicht nur konfessionell, sondern auch regional. Die SPD-Leute kommen mit Ausnahme von Heinemann alle aus dem Norden. Konfessionell ändert es sich vielleicht mit 7:3. Ich fahre bedrückt heim mit der Überlegung, wie wir in dieser Situation antreten sollen. (*Kiesinger:* Das sind doch alles Kombinationen!) Lieber Herr Kiesinger, ich möchte Ihnen noch einmal sagen, das neue Kabinett wird vielleicht konfessionell etwas kopflastig. Ändern Sie es bitte nicht zu stark. Vergessen Sie nicht, daß wir auch in Norddeutschland über drei Millionen Stimmen gebracht haben. Ich kann nicht verstehen – es tut mir leid, daß Herr Strauß nicht hier ist –, daß er so stur darauf besteht, nun mindestens drei Minister zu behalten. Wenn wir gegenüber Norddeutschland einen solchen Rückschlag erleben, dann gibt das eine Kritik für unsere Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Niedersachsen, die nicht zu übersehen ist.

Das in allem Ernst hier zu sagen, hielt ich für meine Verpflichtung. Ich darf hinzufügen, daß ich mich dennoch heute überzeugt habe, deswegen heißt es jetzt, geschlossen zu handeln und dazu zu stehen.

Sie persönlich, lieber Herr Kiesinger, haben das Vertrauen. Das hat einmütig der Dachverband der drei Verbände in Niedersachsen⁵⁷ bekundet. Sie haben unser ganzes Vertrauen.

55 Egon Franke (1913–1995), Kunsttischler; 1946/47 Mitglied des Hannoverschen Landtags (SPD), 1947–1951 MdL Niedersachsen, 1950–1970 SPD-Landes- und Bezirksvorsitzender (Hannover), 1951–1976 MdB, 1964–1973 Mitglied im SPD-Parteipräsidium, 1969–1982 Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen. Vgl. KEMPF/MERZ S. 252–256.

56 Der Zentralvorstand der CDU in Niedersachsen beschloß auf seiner Sitzung am 12. November 1966, daß Fricke Kiesinger und Erhard schreiben sollte. Vgl. ACDP 03–007–055/2.

57 Der 1950 gegründete Dachverband „CDU in Niedersachsen“ vereinte die drei Landesverbände Oldenburg, Braunschweig und Hannover.

Was den Konflikt bei einigen anderen Freunden angeht, so spielt das konfessionelle Moment bei uns keine Rolle. Wir wissen, was wir an Herrn Schmücker haben. Da ist es uns auch gleichgültig, ob er katholisch oder evangelisch ist.

Wenn nun die Absichten über die Änderung des Wahlrechts bekannt werden – und sie werden bekannt –, dann geben wir damit Argumente dafür, daß die Gefahr der NPD größer wird. Wenn schon die Dinge in Hessen und in Bayern so gelaufen sind, dann dürfen wir die Gefahr in Schleswig-Holstein und in Niedersachsen nicht übersehen. Das möchte ich Ihnen noch einmal mit allem Ernst ans Herz legen.

Kiesinger: Meine Damen und Herren! Der Vorsitzende sagte schon, der Herr Bundespräsident erwartet mich bereits seit einer Stunde. Ich will auf die Ausführungen, die Ernst Lemmer gemacht hat, sagen, ich glaube, er kennt mich lange genug, um zu wissen, daß ich auf diesem Pfad nicht straucheln werde, und daß ich mich auf nichts einlassen werde, was dem Willen des Volkes zuwider ist.

Vielleicht muß man da und dort einmal einen neuen Weg gehen, aber immer nur in der nüchternen Einschätzung der Wirklichkeit.

Zur Sorge um unsere Kabinettsbildung! Meine Damen und Herren! Sie sind sich sicher darüber klar, daß diese Kabinettsbildung viel schwieriger ist als jede bisherige. Sie ist so schwierig, daß sie mir wirklich schlaflose Nächte macht. Daß ich selbstverständlich diese regionale Problematik genau sehe, das dürfen Sie voraussetzen. Ich werde, wenn die Kabinettsbildung vollzogen ist, sehr viel Kritik bekommen, weil einfach alle Wünsche nicht zu erfüllen sind, die die Gruppen, die Regionen, die Konfessionen usw. haben. Ich kann nur das Beste machen, und zwar so, daß einigermaßen die Struktur unserer Partei an diesem Anteil, den wir haben, zum Ausdruck kommt.

Große Koalition heißt nun einmal Große Koalition, heißt, einen sehr erheblichen Anteil der Minister für den Partner. Ich denke nicht daran, in die Verhandlungen hineinzugehen mit der Absicht, halb und halb zu machen. (*Beifall.*) Das wäre in der Tat ein schlechter Ankündigungseffekt. Das würde zeigen, daß eine Art Teilung der Macht beabsichtigt ist. Bisher hat man uns dieses Ansinnen auch nicht gestellt. Was in den Zeitungen steht, das sind reine Kombinationen.

Bis jetzt sind vier Mann – ich kann es nur wiederholen – von der SPD als künftige Mitglieder des Kabinetts angemeldet. Das ist kein Geheimnis. Ich kann es in diesem Kreis sagen. Es sind die Herren Brandt, Wehner, Schiller und Schmidt. Diese vier sind angemeldet. Bisher haben sie noch keinen anderen Namen genannt; jedenfalls mir nicht und den Verhandlungskommissionen auch nicht. Wir werden jetzt einmal weiter sehen. Wir haben uns schon Überlegungen gemacht, was geschehen soll, wenn es heißt, wir sollen Herrn Schmücker opfern. Ich habe mit ihm Überlegungen angestellt, die uns vielleicht die Möglichkeit lassen, wenn Herr Schiller – worauf natürlich die SPD drängt – das Wirtschaftsministerium übernimmt, ihm trotzdem einen Bereich zu erhalten in der Richtung auf die EWG. Mehr will ich nicht andeuten. Ich habe es schon der SPD vorgetragen, daß da etwas gemacht werden kann.

Wir kämpfen, wo immer wir können. Mit unseren Freunden von der CSU müssen wir natürlich auch reden. Bisher hatte sie fünf Mitglieder im Kabinetts. Seien Sie über-

zeugt, was ich tun kann, um die Dinge richtig zu machen, das werde ich tun. (*Zurufe*: Wie sieht es mit der SPD in den Ländern aus?) Die SPD in den Ländern? Nun, Bayerns SPD und auch die überwiegende SPD in Baden-Württemberg protestiert. Schleswig-Holstein hat protestiert, auch Hessen und das Saarland.⁵⁸ Das spricht also ein bißchen für die Auffassung unseres Freundes Lemmer, daß in dieser Partei eine ziemlich schwere Krise herrscht. Wir sollten also mit ein bißchen Zutrauen an unsere Aufgabe herangehen. (*Fay*: Ist über Koalitionsmöglichkeiten mit Ausnahme von Nordrhein-Westfalen gesprochen worden?) Noch nicht! Wir haben bewußt diese Sache nicht angerührt.

Barzel: Meine Damen und Herren! Mir liegt hier vor der Entwurf eines Kommuni-
qués, der Ihnen auch vorgelegt worden ist. Ich darf ihn verlesen:

Der Bundesvorstand der CDU trat am 29. November 1966 unter Vorsitz des Bundespartei-vorsitzenden Bundeskanzler Professor Erhard in Bonn zusammen. Er billigte den Bericht von Ministerpräsident Kiesinger über seine Verhandlungen mit FDP und SPD zur Bildung einer neuen Regierung. Der Bundesvorstand beschloß, der Verhandlungskommission zu empfehlen, im Einvernehmen mit der CDU/CSU-Fraktion des Bundestags die Koalitionsverhandlungen mit dem Ziel der Bildung einer Großen Koalition zum Abschluß zu bringen.

Da wir eine Empfehlung an den Parteiausschuß haben müssen, würde ich doch bitten, daß wir das in einer Abstimmung klären. Ich darf zunächst die ersten beiden Sätze a) daß wir getagt haben und b) daß wir den Bericht des Ministerpräsidenten gebilligt haben, zur Abstimmung stellen. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen. – Ich bitte um die Gegenprobe. – Enthaltungen! – Das ist einstimmig.

Dann kommt der Schlußsatz. Ich brauche ihn nicht noch einmal vorzulesen. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen. – Die Gegenprobe! – Enthaltungen! – Gegen eine Stimme bei drei Enthaltungen angenommen.

Meine Damen und Herren! Damit ist die Sitzung beendet. Die Sitzung des Parteiausschusses findet statt um 15.00 Uhr im Saal der Fraktion.⁵⁹

⁵⁸ Vgl. „Stuttgarter Zeitung“ vom 28. November 1966, vgl. auch Anm. 51.

⁵⁹ Protokoll in ACDP 07–001–022/10.